



© UNICEF / Chris Reist

Evaluation der Initiative «Kinderfreundliche Gemeinde» in der Schweiz und in Liechtenstein

Bericht zuhanden UNICEF Schweiz und Liechtenstein

Inhalt

1. Einleitung | 3

- 1.1 Initiative «Kinderfreundliche Gemeinde» | 3
- 1.2 Evaluation | 4
- 1.3 Aufbau des Berichts | 6

2. Ergebnisse | 7

- 2.1 Charakterisierung der KFG-Gemeinden | 7
- 2.2 Beweggründe für und Erwartungen an die Umsetzung der KFG-Initiative | 10
- 2.3 Zertifizierungsprozess | 11
- 2.4 Umsetzung in den Gemeinden | 16
- 2.5 Aufwand im Zusammenhang mit der KFG-Initiative | 17
- 2.6 Zusammenarbeit mit und Unterstützung durch UNICEF | 19
- 2.7 Zusammenarbeit mit dem Kanton | 21
- 2.8 Wirkungen der KFG-Initiative bei den Gemeinden | 22

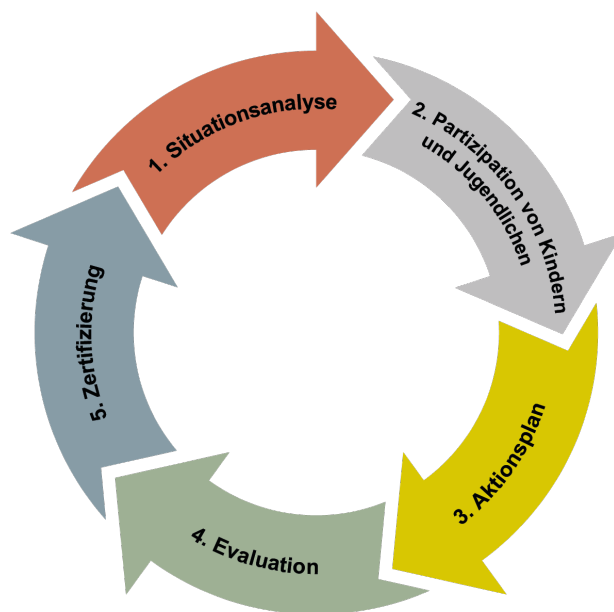
3. Fazit und Empfehlungen | 23

- 3.1 Fazit | 23
- 3.2 Empfehlungen | 23

Anhang | 26

- A 1 Erhebungen | 26
- A 2 Ergebnisse Online-Befragung | 26

Impressum | 28



Quelle: UNICEF Schweiz und Liechtenstein, Darstellung adaptiert durch Interface.

Gemeinden, die an der KFG-Initiative teilnehmen, durchlaufen einen Prozess in fünf Schritten, die zusammen einen Zyklus ergeben. Gemeinden können mehrere Zyklen durchlaufen.

In Darstellung D 1.2 sind die fünf Zertifizierungsschritte aufgeführt. Im Folgenden sind diese kurz beschrieben:

- 1. Situationsanalyse:** Im Rahmen einer Situationsanalyse analysiert die Gemeinde gemeinsam mit UNICEF alle Lebensbereiche, die für Kinder und Jugendliche relevant sind: Politik und Verwaltung, Kindesanhörung, Kinderschutz und Prävention, Formale Bildung, Übergang nach der obligatorischen Schulzeit, Frühbereich und Familie, Gesundheit und Freizeit sowie Raumentwicklung.
- 2. Partizipation von Kindern und Jugendlichen:** Die Sichtweisen, Bedürfnisse und Anliegen von Kindern und Jugendlichen in Bezug auf die Gemeinde werden erhoben.
- 3. Aktionsplan:** Basierend auf den ersten beiden Schritten legt die Gemeinde Ziele und konkrete Massnahmen fest, mit denen sie die Kinder- und Jugendfreundlichkeit verbessern möchte.
- 4. Evaluation:** Vor der Zertifizierung evaluiert eine externe Fachperson den gesamten Prozess.
- 5. Zertifizierung:** Eine Kommission aus Fachpersonen entscheidet unter Berücksichtigung des gesamten Prozesses über die Auszeichnung als «Kinderfreundliche Gemeinde». Das Label wird für vier Jahre verliehen, danach ist eine Rezertifizierung möglich. Dazu durchlaufen die Gemeinden noch einmal den gesamten Prozess.³

Der fünf Schritte umfassende Prozess orientiert sich an internationalen Standards und Vorgehensweisen, trägt jedoch den Gegebenheiten der Gemeinde (z.B. Gemeindegrösse und -struktur) Rechnung. Gemeinden in der Schweiz und in Liechtenstein erhalten das Label «Kinderfreundliche Gemeinde», wenn sichtbare Verbesserungen für Kinder und Jugendliche erzielt werden und ein klarer politischer Wille dazu da ist.

1.2 Evaluation

| Zielsetzung

Im Auftrag der Abteilung Kindgerechte Gemeinde- und Stadtentwicklung von UNICEF Schweiz und Liechtenstein untersuchte Interface Politikstudien Forschung Beratung AG in der vorliegenden Evaluation, wie die teilnehmenden Gemeinden die KFG-Initiative wahrnehmen und welche Wirkung die Initiative in diesen Gemeinden erzielt.⁴ Die Erkenntnisse dienen als Grundlage dafür, die Prozesse und Abläufe der Initiative innerhalb der Abteilung zu optimieren, auf die Möglichkeiten und Bedürfnisse der Gemeinden auszurichten und damit die Wirkung der Initiative langfristig zu stärken.

³ Vgl. <https://www.unicef.ch/de/was-wir-tun/national/partner-und-initiativen/kinderfreundliche-gemeinde>, Zugriff am 7.7.2025.

⁴ Neben dieser Evaluation der Aussenwirkung der KFG-Initiative wurden gleichzeitig auch die internen Strukturen und Prozesse der Abteilung KGGSE evaluiert. Diese Erkenntnisse fliessen in die übergeordnete Strategie ein und sind daher nicht Teil des vorliegenden Berichts.

| Thematischer Fokus

Die Evaluation der Aussenwirkung der KFG-Initiative orientierte sich an zwei Fragen:

- Wie nehmen die Gemeinden den Zertifizierungsprozess, den damit verbundenen Aufwand sowie die Begleitung durch UNICEF Schweiz und Liechtenstein wahr?
- Welche Wirkungen zeigt die KFG-Initiative in den Gemeinden?

| Methodisches Vorgehen

Zur Beantwortung der zwei Fragen führte Interface eine Dokumentenanalyse, eine Online-Befragung und Fokusgruppen mit Verantwortlichen von zertifizierten und nicht-zertifizierten Gemeinden sowie mit Verantwortlichen von Gemeinden, die den ersten Schritt (Situationsanalyse) hin zu einer «Kinderfreundlichen Gemeinde» durchlaufen haben, durch.

Dokumentenanalyse

Als Vorbereitung für die Entwicklung der Erhebungsinstrumente analysierte Interface in einem ersten Schritt folgende Dokumente und Websites:

- Bericht interne *Evaluation der Initiative «Kinderfreundliche Gemeinde» 2021*
- Fragebogen der KFG-Evaluationen aus den Jahren 2021 und 2023
- Entwurf Fragebogen der KFG-Evaluation 2025
- Website von UNICEF Schweiz und Liechtenstein (www.unicef.ch/de)

Online-Befragung

Im nächsten Schritt wurde eine Online-Befragung bei den zertifizierten Gemeinden und bei jenen Gemeinden, die sich im Prozess zur Zertifizierung befinden, durchgeführt. Ziel der Befragung war es, zu erfahren, wie die aktuelle Situation in den Gemeinden hinsichtlich der Partizipation von Kindern und Jugendlichen ist und wie die Gemeinden den Prozess rund um die KFG-Initiative und die Zusammenarbeit mit UNICEF einschätzen.

Für die Online-Befragung entwickelte Interface in Absprache mit UNICEF und unter Berücksichtigung der vorangegangenen Befragungen der Jahre 2021 und 2023 den Fragebogen auf Deutsch und übersetzte ihn auf Französisch und Italienisch. Im Rahmen eines Pre-Tests testeten drei Gemeinden den Fragebogen.

Die Online-Befragung fand vom 5. bis zum 22. Juni 2025 statt. Zur Erhöhung der Rücklaufquote wurde am 13. Juni 2025 ein Reminder verschickt.

Es wurden 96 Gemeindevertretungen zur Teilnahme an der Befragung eingeladen: 77 aus der Deutschschweiz, zehn aus der Westschweiz, drei aus dem Tessin und sechs aus Liechtenstein. 48 Gemeindevertretungen füllten den Fragebogen vollständig aus, was einer Rücklaufquote von 50 Prozent entspricht. Sie lassen sich gemäss Darstellung D 1.3 wie folgt charakterisieren:

Die Ergebnisse der Online-Befragung wurden deskriptiv ausgewertet und für den vorliegenden Bericht aufbereitet. Aufgrund der niedrigen Teilnehmerzahlen aus der Westschweiz und dem Tessin wurde von einer Aufschlüsselung der Befragungsergebnisse nach sprachregionalen Unterschieden abgesehen. Wo angezeigt, wurde jedoch die Gemeindegrösse (klein, mittel, gross) bei der Auswertung berücksichtigt.

D 1.3: Charakterisierung der Gemeinden aus der Online-Befragung

Landesregion	Gemeindegrösse*	Zertifizierungszyklus
40 Deutschschweizer Gemeinden	11 kleine Gemeinden (bis 5'000 EW)	4 Gemeinden befinden sich im Prozess
2 Gemeinden aus der Westschweiz	21 mittelgrosse Gemeinden (5'000 bis 19'999 EW)	13 Gemeinden sind einmal zertifiziert
2 Gemeinden aus dem Tessin	13 grosse Gemeinden (ab 20'000 EW)	19 Gemeinden sind zweimal zertifiziert
4 Liechtensteiner Gemeinden		11 Gemeinden sind dreimal zertifiziert
		1 Gemeinde ist viermal zertifiziert

Quelle: Darstellung Interface, basierend auf der Online-Befragung.

Legende: * = Zu drei Gemeinden fehlen Angaben zur Grösse; EW = Einwohner/-innen.



© UNICEF / Chris Reist

Fokusgruppen

Um vertiefte Erkenntnisse zur Wahrnehmung des Prozesses und zu den Wirkungen der KFG-Initiative zu gewinnen, führte Interface ergänzend zur Online-Befragung Fokusgruppen mit Verantwortlichen der zertifizierten Gemeinden durch. Die Auswahl der Personen für die Fokusgruppen erfolgte über UNICEF Schweiz und Liechtenstein. Die Fokusgruppen wurden nach folgenden Kriterien zusammengesetzt: Gemeindegrösse, Urbanisierungsgrad, Stand der Rezertifizierung, Landesregion. Die Teilnehmenden sind innerhalb einer Gemeinde für die Umsetzung der KFG-Initiative zuständig. Es fanden sechs Fokusgruppen statt (zur Zusammensetzung vgl. Darstellung DA 1 im Anhang). Die Fokusgruppen dauerten rund eineinhalb Stunden und wurden online entlang eines halbstandardisierten Gesprächleitfadens durchgeführt.

1.3 Aufbau des Berichts

In Kapitel 2 werden die Ergebnisse aus der Online-Befragung und aus den Fokusgruppen mit den Gemeindevertretungen präsentiert. In Kapitel 3 werden die wichtigsten Ergebnisse zusammengefasst und anschliessend Empfehlungen zur Weiterentwicklung der KFG-Initiative formuliert. Im Anhang finden sich weitere Informationen zu den Erhebungen und weitere Darstellungen zu den Ergebnissen der Online-Befragung.

2. Ergebnisse

In diesem Kapitel sind die zentralen Ergebnisse der Online-Befragung und der Fokusgruppen mit den Gemeindevertretungen beschrieben. Ausgewählte Ergebnisse aus der Online-Befragung werden mithilfe von Darstellungen veranschaulicht.

2.1 Charakterisierung der KFG-Gemeinden

Um die aktuelle Situation hinsichtlich der Partizipation von Kindern und Jugendlichen in den Gemeinden zu erfassen, wurden in der Online-Befragung verschiedene Fragen gestellt. Die entsprechenden Ergebnisse werden in den folgenden Abschnitten dargestellt. Dabei ist zu beachten, dass diese Ergebnisse nicht zwangsläufig Wirkungen der KFG-Initiative widerspiegeln. Es lässt sich nicht eindeutig abgrenzen, welche Aspekte bereits vor der Teilnahme an der Initiative vorhanden waren und welche Aspekte auf die Teilnahme an der Initiative zurückzuführen sind. In Abschnitt 2.8 finden sich die Wirkungen, die in den Fokusgruppen genannt wurden, und die die Teilnehmenden direkt auf die Initiative zurückführen.

| Verankerung von Kinder- und Jugendpolitik auf kommunaler Ebene

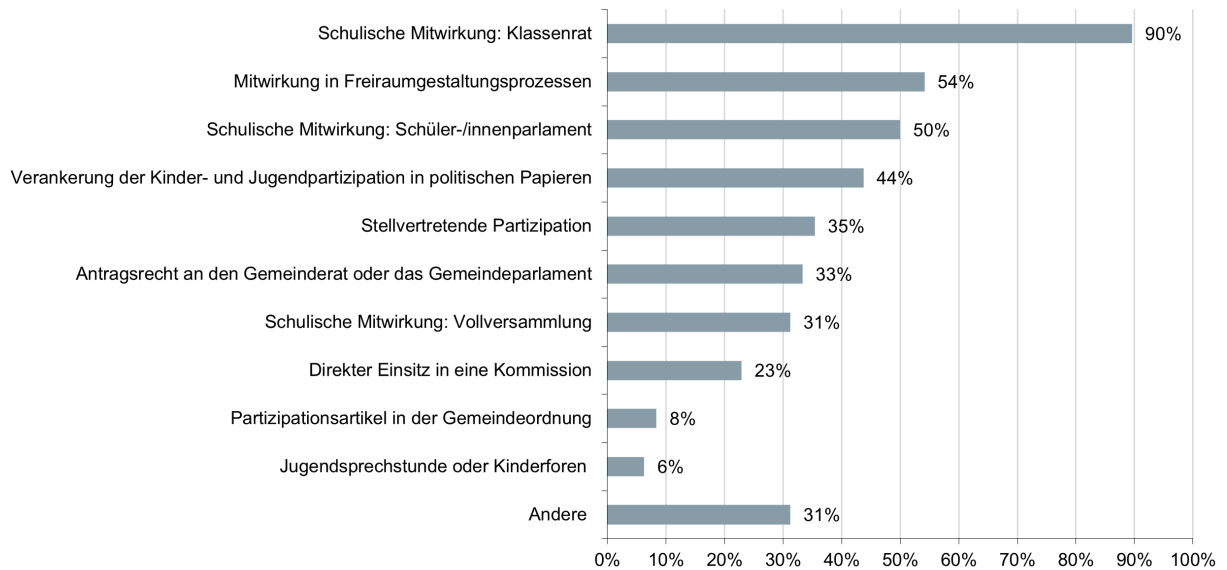
In der Online-Befragung gaben die Gemeindevertretungen an, wie sie die Kinder- und Jugendpolitik auf kommunaler Ebene systematisch und nachhaltig verankert haben (z.B. Verordnungen, Strategien, Konzepte, Leitlinien usw.). Die Gemeinden nutzen verschiedene Instrumente, um Kinder- und Jugendpolitik in der Gemeinde zu verankern. Die Ergebnisse der Online-Befragung zeigen, dass in der Tendenz grosse Gemeinden (ab 20'000 Einwohner/-innen) über mehr Instrumente verfügen als kleinere. Die Strategie zur Frühen Kindheit nannten die befragten Gemeindevertretungen am häufigsten: 52 Prozent der Befragten gaben an, eine entsprechende Strategie implementiert zu haben. Ebenfalls häufig genannt wurden Strategien zur Offenen Kinder- und Jugendarbeit (50%), Freiraum- und/oder Spielplatzkonzepte (48%) sowie Legislaturziele mit einem politischen Schwerpunkt auf den Einbezug von Kindern und Jugendlichen (46%). 42 Prozent der Gemeinden verfügen zudem über ein Kinder- und Jugendleitbild. Seltener verankert sind Strategien zur kommunalen Kinder- und Jugendpolitik (31%), Partizipationsleitfäden/-konzepte (19%), Strategien zum Kinderschutz (10%) und Digitalisierungskonzepte mit einem strategischen Schwerpunkt auf den Einbezug von Kindern und Jugendlichen (6%). Darüber hin-

aus wählten 23 Prozent der Befragten die Kategorie «Andere» aus und konkretisierten dies im offenen Textfeld wie folgt: Grundsätze der Kinder- und Jugendförderung, Sachstrategie im Bereich Freizeit und Jugend und das Vorhandensein von Begleitgruppen für die Bereiche Frühe Kindheit und Jugend (vgl. Darstellung DA 2 im Anhang).

| Mitwirkungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen
In Darstellung D 2.1 sind die Antworten auf die Frage dargestellt, ob Kinder und Jugendliche in der Gemeinde eine institutionalisierte oder schriftlich verankerte Mitwirkungsmöglichkeit haben.



D 2.1: Mitwirkungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen



Quelle: Darstellung Interface, basierend auf der Online-Befragung; n = 48; Mehrfachantworten möglich.

48 aller befragten Gemeinden verfügen über mindestens eine solche Mitwirkungsmöglichkeit für Kinder und Jugendliche. Dabei zeigt sich, dass die schulische Mitwirkungsform besonders stark verbreitet ist: In 90 Prozent der Gemeinden existiert eine Mitwirkung über Klassenräte, 50 Prozent der Gemeinden verfügen über ein Schüler/-innenparlament und 31 Prozent über eine Vollversammlung. Auch eine Mitwirkung in Freiraumgestaltungsprozessen (z.B. Ortsplanungsrevision, Dorfkerngestaltung, Spielplatz) (54%) und eine Verankerung der Kinder- und Jugendpartizipation in politischen Papieren (z.B. Leitbilder, Legislaturziele) (44%) wurden vergleichsweise häufig genannt. Darüber hinaus ermöglichen 35 Prozent der Gemeinden eine stellvertretende Partizipation, beispielsweise über Kinderbüros oder Kinder- und Jugenddelegierte. In 33 Prozent der befragten Gemeinden haben Kinder und Jugendliche ein Antragsrecht (Motion oder Postulat) an den Ge-

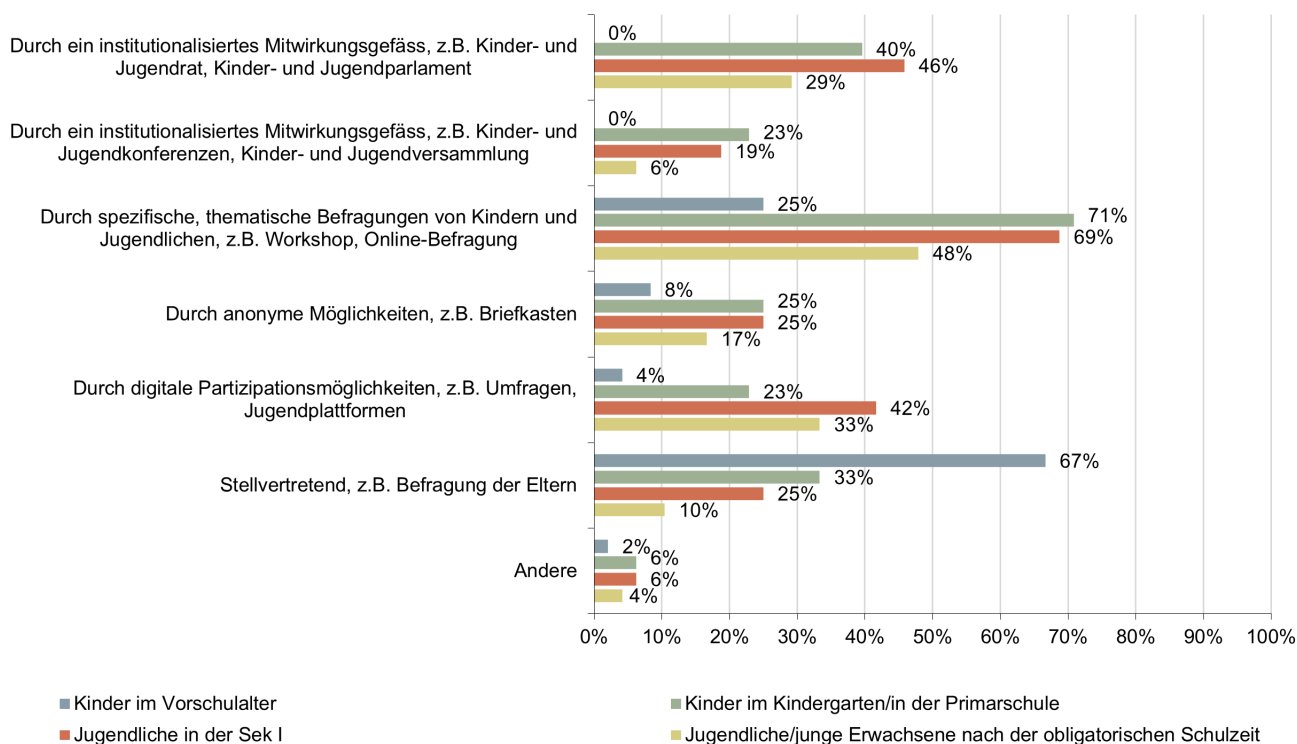
meinderat oder das Gemeindeparlament. In 23 Prozent sind sie direkt in eine Kommission eingebunden. Eher selten wurden Partizipationsartikel in der Gemeindeordnung (8%) sowie Jugendprechstunde oder Kinderforen (6%) genannt. In der Kategorie «Andere» (31%) wurden mehrfach Kinder- und Jugendräte sowie Jugendparlamente genannt. Zudem erwähnten einzelne Befragte auch weniger formalisierte Mitwirkungsformen, etwa die Beteiligung an diversen Projekten oder nicht schriftlich verankerte Kinderkonferenzen.

Die Gemeindevertretungen gaben in der Online-Befragung zudem an, wie Kinder und Jugendliche in kommunalen Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen partizipieren können. Die folgende Darstellung D 2.2 enthält die Ergebnisse.



© UNICEF / Chris Reist

D 2.2: Partizipation in kommunalen Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen, nach Altersgruppen



Quelle: Darstellung Interface, basierend auf der Online-Befragung; n = 48; Mehrfachantworten möglich.

Die Ergebnisse in Darstellung D 2.2 zeigen, dass Kinder und Jugendliche auf vielfältige Weise an kommunalen Prozessen beteiligt werden – wobei sich die Formen je nach Altersgruppe unterscheiden. Vorschulkinder nehmen vor allem über stellvertretende Partizipation (67%) teil, beispielsweise Befragungen der Eltern. Kinder im Kindergarten- und Primarschulalter sind häufig in spezifische, thematische Befragungen (z.B. Workshops, Online-Befragung) und in institutionalisierte Mitwirkungsgefässe wie Kinderrat oder Kinderparlament (40%) eingebunden. Jugendliche in der Sekundarstufe I beteiligen sich an spezifischen Befragungen (69%), wirken in Jugendräten oder Jugendparlamenten (46%) und relativ häufig auch an digitalen Partizipationsformen (z.B. Umfragen, Jugendplattformen, 42%) mit. Spezifische thematische Befragungen (48%) sind auch bei Jugendlichen/jungen Erwachsenen nach der obligatorischen Schulzeit die häufigste Partizipationsform, gefolgt von digitalen Beteiligungsmöglichkeiten (33%).

Drei Viertel der Gemeindevertretungen (74%) gaben in der Online-Befragung an, die alters- und bedürfnisgerechte Partizipation von Kindern und Jugendlichen (gem. Art. 2 UN-Kinderrechtskonvention [Nicht-Diskriminierung]) sicherzustellen. 26 Prozent sehen dies in ihrer Gemeinde (noch) nicht gewährleistet. Auch hier lassen sich Unterschiede zwischen den Gemeinden bezüglich ihrer Grösse feststellen: Je grösser eine Gemeinde ist, desto leichter fällt es ihr tendenziell, die Vorgaben des Art. 2 der UN-Kinderrechtskonvention umzusetzen. Dies lässt sich wohl auch damit erklären, dass gerade grössere Gemeinden eher über die Ressourcen und über die

nötige Ausdifferenzierung innerhalb der Verwaltung verfügen, um eine alters- und bedürfnisgerechte Partizipation zu gewährleisten als kleinere Gemeinden. Die Gemeinden, die eine bedürfnisgerechte Partizipation sicherstellen, wurden gefragt, mit welchen konkreten Massnahmen sie dies umsetzen. Am häufigsten genannt von Vertretungen von Gemeinden jeglicher Grösse wurden Mitwirkungsprojekte in Schulen oder Quartieren (97%), gefolgt von niedrigschwelligen Beteiligungsformaten in der Gemeinde, zum Beispiel Mitmachaktionen im öffentlichen Raum (76%). Rund 56 Prozent der Gemeinden bieten inklusive Freizeitangebote und Spielplätze an, die für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderungen zugänglich sind. Ein Einsatz von Dolmetschenden oder mehrsprachigen Materialien wurde von 47 Prozent der Gemeindevertretungen genannt. 44 Prozent der Gemeinden bieten verschiedene Unterstützungsleistungen zur Nutzung des öffentlichen Verkehrs an, beispielsweise finanzielle Unterstützung oder einen barrierefreien Zugang zu Apps. Gutscheinsysteme, mit denen Kinder und Jugendliche an Vereinsaktivitäten, Schulreisen oder Klassenlager teilnehmen können, wurden von 38 Prozent der Gemeindevertretungen angegeben. Rund ein Viertel der Gemeinden (24%) bietet Sensibilisierungstrainings für Fachpersonen und Vereine an, um Diskriminierung und Ausschluss vorzubeugen. Ebenso häufig wurden barrierefreie Räume und Materialien für Beteiligungsverfahren (z.B. einfache Sprache, visuelle Unterstützung) genannt. Weniger verbreitet ist die Einbindung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen in kommunalen Partizipationsangeboten, unterstützt durch Fachpersonen oder Peer-Begleitung (15%).

In der Kategorie «Andere» (9%) wurden weitere Massnahmen genannt: Tarifvergünstigungen in Krippen für Kinder mit Behinderungen, Zusammenarbeit der Kinder- und Jugendarbeit mit der Heilpädagogischen Schule, kommunales Reglement im sozialen Bereich über die Finanzierung von Freizeitaktivitäten und Kinder- und Jugendlagern (vgl. Darstellung DA 3 im Anhang).

2.2 Beweggründe für und Erwartungen an die Umsetzung der KFG-Initiative

In den Fokusgruppen wurden die Gemeindevertretungen gefragt, wie sie auf die KFG-Initiative aufmerksam geworden sind und was sie dazu bewogen hat, mitzumachen. Bei einigen Gemeinden waren es motivierte Personen aus der Gemeinderegierung oder -verwaltung, die von der KFG-Initiative gehört hatten und sich dafür einsetzten, dass die eigene Gemeinde das Label erhält. In manchen Gemeinden stand die Förderung der Kinder- und Jugendfreundlichkeit bereits auf der politischen Agenda und das Label wurde als Weg gesehen, um die geplanten Massnahmen unter ein grösseres Dach zu stellen. Daneben erwiesen sich bereits zertifizierte Gemeinden als wichtige Multiplikatoren, wenn es darum ging, die KFG-Initiative bei den Nachbargemeinden und in der Region bekannt zu machen. In wenigen Kantonen agiert(e) auch der Kanton selbst als Multiplikator, indem er die Gemeinden zu einer Teilnahme anregt(e) und/oder sie finanziell unterstützt(e), wenn sie eine Zertifizierung erlangen woll(t)en (z.B. durch die teilweise Übernahme der Kosten der Situationsanalyse). Nicht zuletzt erwies sich auch die Unterstützung von UNICEF mitunter als Faktor, dass sich eine Gemeinde für das Label aussprach: So berichtete eine Gemeinde, dass UNICEF die KFG-Initiative und den Prozess in der Gemeindeexekutive vorstellte und so bestehende Vorbehalte und Zweifel der Gemeinderegierung gegenüber dem Label ausgeräumt werden konnten.

Viele Gemeinden sahen in der KFG-Initiative die Chance, Kinder- und Jugendthemen in der Gemeinde (besser) zu verankern und über die Verwaltung weg in diesen Themen vermehrt koordiniert zusammenzuarbeiten. Kleinere (Agglomerations-) Gemeinden mit einem negativen Bevölkerungswachstum hofften sich vom Label, dass dieses die Attraktivität der Gemeinde für Junge und Familien stärken würde. Andere Gemeinden, die sich bereits als kinderfreundlich bezeichneten und/oder deren Familienanteil hoch ist, wollten das Label nutzen, um diesen Umstand noch sichtbarer zu machen.

Einige Westschweizer Gemeindevertretungen warfen die Frage auf, weshalb sich das Label dem Namen nach nur auf Kinder und nicht auch auf Jugendliche bezieht. Sie wünschen sich eine umfassendere Bezeichnung im Sinne von «Kinder- und Jugendfreundliche Gemeinde».

| Gründe für den Ausstieg aus der KFG-Initiative

Immer wieder gibt es Gemeinden, die zwar einen Zertifizierungsprozess beginnen, ihn aber vorzeitig beenden (z.B. nach der Situationsanalyse) oder auf eine Rezertifizierung verzichten. In der Fokusgruppe mit Vertretungen von drei solchen Gemeinden wurde deutlich, dass die Gründe dafür nicht in einer Unzufriedenheit mit dem Prozess oder der Begleitung von UNICEF liegen, sondern primär in der Gemeindepolitik und dem Gemeindebudget zu finden sind: So gibt es Gemeinden, in denen der politische Wille beziehungsweise das Budget für die Umsetzung von Massnahmen im Bereich Kinder und Jugend fehlten oder solche, die generell keine Labels anstrebten und daher auf eine Zertifizierung verzichteten.

Bei Gemeinden, die das Label schon lange haben und mehrere Rezertifizierungen durchlaufen haben, kann auch ein «Sättigungseffekt» ausgemacht werden: So berichtete eine Gemein-



devertreterin, dass sich die Rahmenbedingungen für Kinder und Jugendliche in ihrer Gemeinde im Verlaufe der KFG-Initiative stark verbessert hätten und sich nachhaltige Strukturen erfolgreich hätten etablieren können. Der zusätzliche Mehrwert einer neuerlichen Rezertifizierung sei, auch wegen des mit der Rezertifizierung verbundenen Aufwands, irgendwann nicht mehr ersichtlich gewesen.

2.3 Zertifizierungsprozess

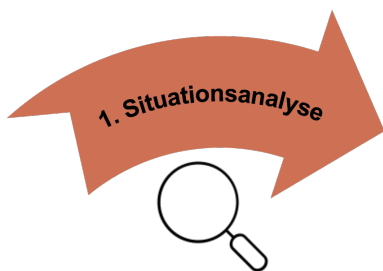
Die Teilnehmenden der Fokusgruppen nahmen den Zertifizierungsprozess grundsätzlich als sehr positiv wahr, auch wenn ihn viele als zeit- und arbeitsintensiv erlebten. Die Prozessschritte und das Vorgehen zum Erhalt des Labels schien den Gemeindevertretungen hinreichend klar zu sein und die Unterstützung von UNICEF wurde insgesamt als sehr bedürfnisorientiert, kompetent und zielführend wahrgenommen. Besonders positiv hervorgehoben wurde in mehreren Fokusgruppen die persönliche Begleitung und Unterstützung «à la carte» durch UNICEF sowie die bestehende Flexibilität, den Prozess und die Produkte immer auch den Rahmenbedingungen in den Gemeinden anzupassen. Auch dass kein Zeitdruck bestand, schätzten einige Gemeindevertretungen.

In der Fokusgruppe mit den Liechtensteiner Gemeinden zeigte sich allerdings, dass die einzelnen Prozessschritte – insbesondere die Situationsanalyse – aktuell noch zu wenig an den Liechtensteiner Kontext angepasst sind. Diese Teilnehmenden wiesen beispielsweise darauf hin, dass gewisse Themen, die in der Schweiz in den Kompetenzbereich der Gemeinden fallen, in Liechtenstein Landessache sind. Im Gespräch mit den Vertretungen von Tessiner Gemeinden wurde die Frage aufgeworfen, ob für kleinere Gemeinden, die über eine wenig ausdifferenzierte Verwaltung verfügen, alle Fragen der Situationsanalyse beantwortbar seien.

In der Online-Befragung wurde erwähnt, dass der grobe Ablauf des Zertifizierungsprozesses auf der Webseite von UNICEF dargestellt ist. Im Hinblick auf die Zusammenstellung der Arbeitsgruppe wünschen sich vereinzelte Befragte, dass UNICEF detaillierte Informationen vor der Kick-off-Veranstaltung bereitstellt.

| Beurteilung der einzelnen Schritte des Zertifizierungsprozesses

Im Folgenden ist beschrieben, wie die Gemeindevertretungen in den Fokusgruppen und der Online-Befragung die einzelnen Schritte des Zertifizierungsprozesses beurteilten.



Situationsanalyse

In der Situationsanalyse geht es primär darum, dass sich eine Gemeinde mit allen für Kinder und Jugendliche relevanten Lebensbereichen auseinandersetzt und sich die Frage stellt, inwiefern diese kinderfreundlich ausgestaltet sind. Gemäss Erkenntnissen aus den Fokusgruppen war das Vorgehen bei der Situationsanalyse in vielen Gemeinden ähnlich: Innerhalb einer Verwaltung werden die verschiedenen Ämter, die kommunale Jugendarbeit und andere relevanten Stellen gebeten, die für sie relevanten Fragen aus dem Fragebogen zu beantworten. Die zuständige Arbeitsgruppe oder Einzelperson (Projektleitung) trägt die verschiedenen Angaben zusammen. Eine Gemeinde lagerte diesen Prozess an eine geeignete Stelle aus. Die Situationsanalyse empfanden alle Teilnehmenden der Fokusgruppen als sehr hilfreich und als gute Grundlage für die weiteren Prozessschritte. Den Aufwand für die Situationsanalyse schätzten jedoch viele Teilnehmende der Fokusgruppen als eher hoch ein, auch wenn oftmals ein pragmatisches Vorgehen zur Datenerhebung gewählt wurde. Gerade in grösseren Gemeinden scheint der Prozess lange zu dauern, was unter anderem der höheren Komplexität und Ausdifferenzierung der Verwaltungsstrukturen geschuldet sein dürfte. Der Fragebogen von UNICEF scheint grundsätzlich gut auf die Schweizer Gemeinden zugeschnitten zu sein – wenngleich gewisse Themen wie Gymnasium oder Lehrbereich für kleinere Gemeinden ohne Angebote auf Sekundarstufe II nicht relevant sind. Für die Liechtensteiner Gemeinden war der Fragebogen zu wenig dem spezifischen Kontext angepasst. Sie wussten sich jedoch zu helfen und tauschten sich mit anderen Gemeinden im Land aus, die mit dem Label bereits ausgezeichnet sind.

In der Online-Befragung wies eine Gemeinde darauf hin, dass die Situationsanalyse im dritten Zyklus mit einem hohen Aufwand verbunden gewesen sei – der Mehrwert sei aufgrund der fehlenden Vergleichbarkeit mit der ersten Situationsanalyse begrenzt.

2. Partizipation von Kindern und Jugendlichen



Partizipation von Kindern und Jugendlichen

Im zweiten Prozessschritt geht es darum, die Sichtweisen, Bedürfnisse und Anliegen von Kindern und Jugendlichen in Bezug auf die Gemeinde zu erheben. Insgesamt erlebten die Teilnehmenden der Fokusgruppen die Einbindung der Kinder und Jugendlichen als sehr positiv und bereichernd. Viele empfanden den Aufwand aber auch als enorm – auch weil der Anspruch bestand, möglichst alle Altersgruppen miteinzubeziehen, was verschiedener methodischer Zugänge bedurfte. Viele Gemeinden bezogen die Schulen und Jugendtreffs mit ein, wo die Bedürfnisse und Anliegen der Kinder zum Beispiel durch die Lehrpersonen im Klassenrat erfragt, mittels Fragebögen ermittelt oder in Workshops erarbeitet wurden. In einer Gemeinde waren die Schulen nicht bereit, die Gemeinde zu unterstützen – wohl auch wegen der grossen Belastung, der die Schulen im Alltag bereits ausgesetzt sind. Um die Bedürfnisse von Kindern im Vorschulalter abzuholen, wurden oftmals die Eltern oder die Betreuer/-innen in Kindertagesstätten befragt. Mancherorts wurden auch spezifisch für die Situationsanalyse Workshops oder Partizipationsanlässe für Kinder und Jugendliche oder ein World Café (partizipative Methode, um in entspannter, café-ähnlicher Atmosphäre Wissen auszutauschen und neue Perspektiven zu entdecken) für deren Eltern durchgeführt. In Gemeinden mit bereits bestehenden Partizipationsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche – zum Beispiel in Form von Jugendparlamenten – oder mit regelmässig stattfindenden Jugendbefragungen wurden auch diese genutzt.

Während manche Gemeindevertretungen in den Fokusgruppen berichteten, dass sie die Partizipationsanlässe selbst durchführen würden, nahmen andere externe Unterstützung in Anspruch. Eine Gemeinde berichtete von einer zwar kostspieligen, aber sehr wertvollen Zusammenarbeit mit einer Fachhochschule. Die Gemeinde habe von vorgeschlagenen zielgruppengerechten Partizipationsmethoden und der detaillierten Auswertung und Aufbereitung der Ergebnisse durch die Fachhochschule nachhaltig profitiert. Eine andere Gemeinde zeigte sich hingegen enttäuscht über die Zusammenarbeit mit einer anderen externen Organisation, die als zu wenig unterstützend und zielgruppenorientiert wahrgenommen wurde.

Der Förderfonds von ALDI SUISSE war zwar den Fokusgruppenteilnehmenden ein Begriff, dessen finanzielle Unterstützung wurde aber selten in Anspruch genommen. Für grosse Gemeinden scheint sich der administrative Aufwand im Vergleich zum finanziellen Beitrag kaum zu lohnen. Für kleinere Gemeinden ist die Unterstützung des Fonds aber durchaus attraktiv, wie in den Fokusgruppen vereinzelt berichtet wurde. Gemeinden, denen es finanziell gut geht, sind nicht auf die Gelder angewiesen. So berichteten einige Vertretungen finanziell gut gestellter Gemeinden, dass sie keine Unterstützung vom Fonds beantragt und bewusst denjenigen Gemeinden den Vorzug gelassen hätten, die finanziell weniger gut gestellt seien.



Aktionsplan

Im dritten Prozessschritt geht es darum, Ziele und konkrete Massnahmen festzulegen, mit denen die Kinder- und Jugendfreundlichkeit in der Gemeinde verbessert werden soll. Aus den Fokusgruppen geht hervor, dass das Vorgehen bei der Erarbeitung des Aktionsplans in vielen Gemeinden ähnlich war: Häufig koordinierte und/oder erarbeitete eine interdepartementale Arbeitsgruppe den Aktionsplan auf Basis der Ergebnisse der Situationsanalyse und der Mitwirkung. Gemäss einer Gemeindevertreterin ist die Erarbeitung durch die Abteilungen insofern wichtig und zielführend, als dass die Abteilungen für die Umsetzung der Massnahmen zuständig seien und die nötigen Ressourcen dafür einstellen müssten. Bei der Erarbeitung der Aktionspläne wurde auch geschaut, welche Massnahmen, die zum Label passen, bereits bestanden und in den Aktionsplan aufgenommen werden konnten. Durch die Aufnahme dieser Massnahmen in die Aktionspläne erhielten diese mehr Gewicht und Sichtbarkeit. Einige Gemeindevertretungen erwähnten auch, dass die Abstimmung des Aktionsplans mit den Legislaturzielen wichtig gewesen sei. Die Liechtensteiner Gemeindevertretungen berichteten zudem, dass sie neben den Good-Practice-Beispielen von UNICEF auch die Erfahrungen und Aktionspläne von anderen Liechtensteiner Gemeinden als Inspiration genutzt hätten – gerade auch, weil der Gestaltungsspielraum der Gemeinden in Liechtenstein kleiner sei als derjenige von Schweizer Gemeinden.

Von Herausforderungen in der Erarbeitung der Aktionspläne wurde in den Fokusgruppen nur vereinzelt berichtet. Die Zusammenführung der Grundlagen (Situationsanalyse, Partizipationsergebnisse) sei zwar spannend, aber sehr arbeitsintensiv gewesen, berichteten einige Gemeindevertretungen. Zudem gebe es teilweise grosse Unterschiede zwischen den Abteilungen bezüglich Prioritäten in Bezug auf die Kinder- und Jugendfreundlichkeit, was sich auch im Aktionsplan und in dessen Umsetzung niederschläge. Auch das Erwartungsmanagement sei mitunter eine Herausforderung, da eine Gemeinde mit der Kinder- und Jugendpartizipation (Prozessschritt 2) auch Begehrlichkeiten wecke, denen sie mit dem Aktionsplan nicht immer gerecht werden könne.

In der Online-Befragung äusserte eine Person das Bedürfnis nach einem webbasierten Aktionsplan-Tool, das es ermöglicht, den Aktionsplan online zu erstellen und dessen Umsetzung digital zu verfolgen (Dokumentation von Zielen, Massnahmen, Indikatoren und Fortschritten). Ein solches Tool könne dazu beitragen, die Prozesse zu standardisieren und die Effizienz zu steigern.



Evaluation

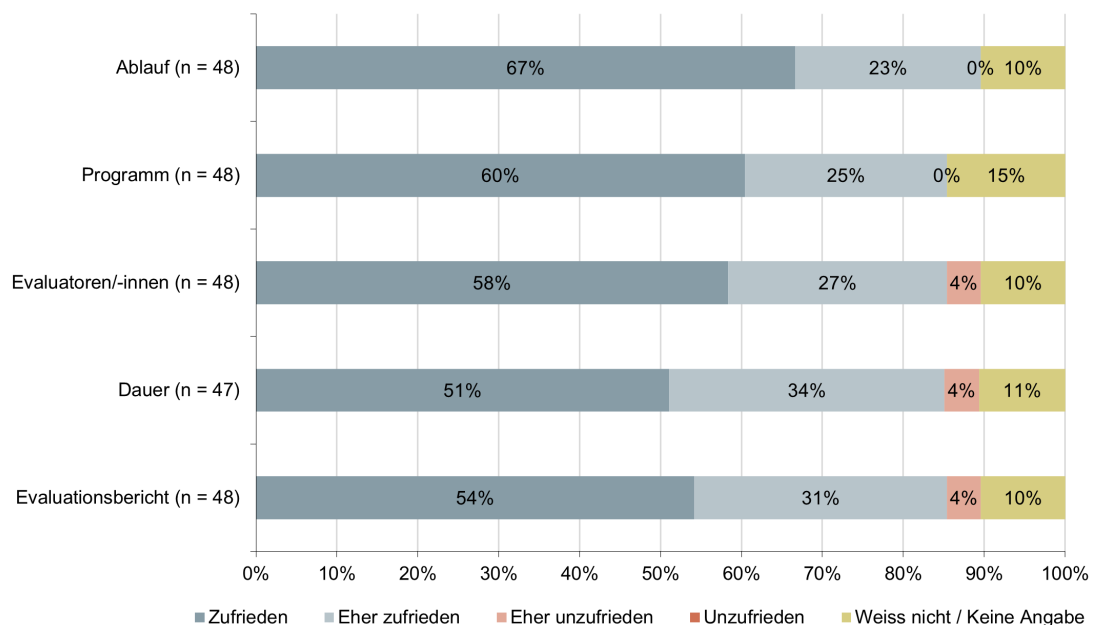
Die Teilnehmenden der Fokusgruppen waren sich relativ einig darin, dass der mit der Organisation des Evaluationstages verbundene Aufwand im Verhältnis zum Erkenntnisgewinn eher hoch war. Die Vorlage von UNICEF für die Organisation des Evaluationstages empfinden die Teilnehmenden jedoch als sehr hilfreich. Für viele Gemeindevertretungen hat sich der Aufwand dennoch gelohnt: Der «Blick von aussen» stelle einen klaren Mehrwert dar und erlaube eine neue Perspektive auf die Gemeinde. Die Evaluationsberichte seien wertschätzend verfasst und enthielten hilfreiche Ideen und Rückmeldungen – gerade im Hinblick auf die Umsetzung des Aktionsplans.

Wenige Gemeindevertretungen waren von der Evaluation und den Evaluationsergebnissen eher enttäuscht: Der Aufwand für die Evaluation und der Ertrag stünden in einem Missverhältnis zueinander. Eine kürzere Evaluation, beispielsweise in Form eines Interviews mit den Projektverantwortlichen, hätte aus

Sicht von einzelnen Gemeindevertretungen zu denselben Ergebnissen geführt und wäre weniger aufwändig gewesen. Weiter berichteten einige Gemeindevertretungen, dass der Evaluationsbericht teilweise Textpassagen enthalten habe, die nicht der Realität der Gemeinde entsprechen und eher wie «Textbausteine» aus einer Berichtsvorlage angemutet hätten. In Liechtenstein waren die Empfehlungen teilweise nicht auf den Liechtensteiner Kontext anwendbar, was für Unmut sorgte.

In der Online-Befragung wurden die Gemeindevertretungen ebenfalls gebeten, die Zufriedenheit mit der externen Evaluation insgesamt und deren einzelnen Aspekte zu beurteilen. Im Gegensatz zu den Fokusgruppen zeigte sich in der Online-Befragung ein grundsätzlich positives Bild in Bezug auf die externe Evaluation. 54 Prozent der Befragten sind mit der externen Evaluation zufrieden, 28 Prozent sind eher zufrieden. Wie in Darstellung D 2.3 ersichtlich, wurden der Ablauf (67%) und das Programm (60%) besonders positiv bewertet. Im offenen Textfeld wurde allerdings vereinzelt angemerkt, dass der Aufwand zu hoch sei und die externe Evaluation noch besser auf die einzelnen Gemeinden abgestimmt werden könnte.

D 2.3: Zufriedenheit mit der externen Evaluation



Quelle: Darstellung Interface, basierend auf der Online-Befragung.

In der Online-Befragung erwähnte eine Gemeinde ebenso, dass in einem Zyklus die Situationsanalyse und die externe Evaluation teilweise widersprüchlich gewesen seien. Dies wurde insbesondere deshalb als problematisch empfunden, weil beide Dokumente zur Legitimation gegenüber dem Stadtrat genutzt werden könnten. Zudem wurde angeregt, die Dokumente kürzer zu halten und die Empfehlungen klarer zu formulieren.



Zertifizierung

Im letzten Schritt entscheidet eine Kommission bestehend aus Fachpersonen über die Auszeichnung als «Kinderfreundliche Gemeinde».⁵ In der vorliegenden Evaluation stand weniger die Übergabe des Zertifikats im Fokus, sondern primär die Beurteilung des gesamten Zertifizierungsprozesses.

Die Befragten sind sich einig darin, dass der Zertifizierungsprozess und das Tragen des Labels KFG einer Gemeinde helfen, das Thema Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der täglichen Arbeit innerhalb der Gemeinde präsent zu halten und eine kritische Auseinandersetzung mit dem Thema zu fördern. Letzteres sowohl unter den Verwaltungsangestellten als auch mit den Einwohnern/-innen der Gemeinde. Geschätzt wird zudem, dass UNICEF anstehende Prozessschritte immer frühzeitig kommuniziert.

Die Dauer des ersten Zertifizierungsprozesses, vom Kick-off bis zum Erhalt des Labels, unterscheidet sich gemäss Erkenntnissen aus den Fokusgruppen zwischen den Gemeinden. Der Prozess kann ein bis zwei Jahre dauern – bei grossen Gemeinden noch länger. Dies aufgrund der grösseren und komplexeren Verwaltungsstrukturen und Anzahl involvierter Akteure.

Das Label «Kinderfreundliche Gemeinde» erhält eine Gemeinde für die Laufzeit von vier Jahren. Danach erfolgt eine Rezertifizierung. Die Teilnehmenden der Fokusgruppen bezeichneten die Zyklusdauer von vier Jahren als angemessen, unter anderem, weil dies häufig auch der Legislaturdauer der Gemeinderegierung entspreche und einen gewissen Druck ausübe, an den Themen dranzubleiben. Vereinzelt wurde hingegen angemerkt, dass gerade in grösseren Gemeinden die Umsetzung von Massnahmen etwas länger dauere und daher eine Zyklusdauer von fünf Jahren zu bevorzugen wäre. In der Online-Befragung zeigten sich die Befragten gespalten: 52 Prozent der Gemeindevertretungen sind mit der bisherigen Zyklusdauer von vier Jahren zufrieden, während 48 Prozent eine Dauer von fünf Jahren bevorzugen würden. Bei der Beurteilung dieser Frage bestehen nur wenig Unterschiede zwischen Gemeinden, die erst einen Zertifizierungszyklus durchlaufen haben, und solchen, die bereits mehrere Zyklen hinter sich haben. In der Tendenz lässt sich jedoch feststellen, dass bei den Gemeinden im ersten respektive zweiten Zyklus die Befürworter eines vierjährigen Zyklus überwiegen, während Gemeinden im dritten Zyklus eine längere Zyklusdauer zu bevorzugen scheinen. Deutliche Unterschiede nach Gemeindegrösse liessen sich bei dieser Frage auch nicht feststellen, ausser bei den Gemeinden mit weniger als 5'000 Einwohner/-innen: 64 Prozent der Vertretungen solcher Gemeinden bevorzugen einen vier Jahre dauernden Zyklus. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass diese Teilstichprobe sehr klein ist (13 Gemeinden).

⁵ Vgl. <https://www.unicef.ch/de/was-wir-tun/national/partner-und-initiativen/kinderfreundliche-gemeinde>, Zugriff am 18.8.2025.

2.4 Umsetzung in den Gemeinden

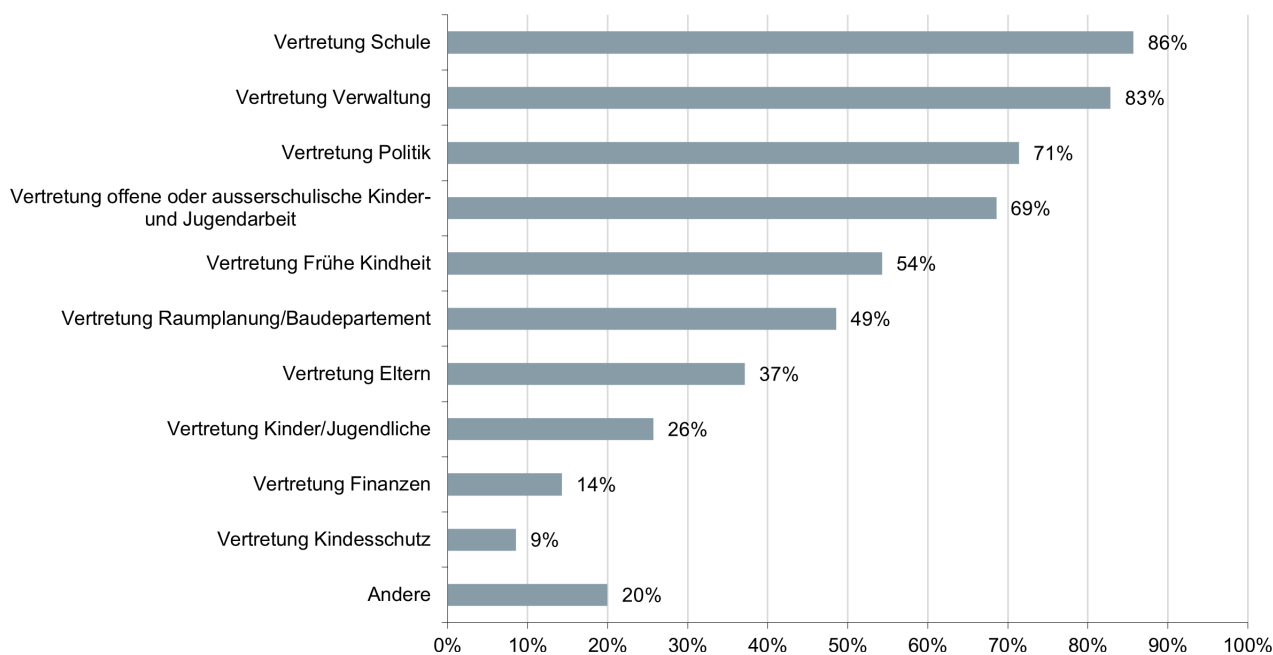
Im Folgenden ist beschrieben, welche Umsetzungsorganisation die Gemeinden wählten, um den Zertifizierungsprozess zu gestalten, und wie die Umsetzung überwacht wird respektive wurde.

| Organisation und Zusammenarbeit in den Gemeinden

Die Fokusgruppen zeigten, dass in vielen Gemeinden eine Projektleitung für die KFG-Initiative verantwortlich ist, die die Fäden zusammenhält und die KFG-Initiative als «Themenhüter» vorantreibt und überwacht. Unterstützt wird die Projektleitung gemäss den Fokusgruppen in der Regel von

einer verwaltungsübergreifenden Arbeitsgruppe. Dies bestätigt auch die Online-Befragung: Dort gaben rund drei Viertel der befragten Gemeindevertretungen (73%) an, dass sie über eine Arbeits-, Begleit- oder Projektgruppe rund um den KFG-Prozess verfügen. In der folgenden Darstellung D 2.4 ist die Zusammensetzung dieser Gruppen ersichtlich.

D 2.4: Zusammensetzung der Arbeits-, Begleit- oder Projektgruppe



Quelle: Darstellung Interface, basierend auf der Online-Befragung; n = 35; Mehrfachantworten möglich.

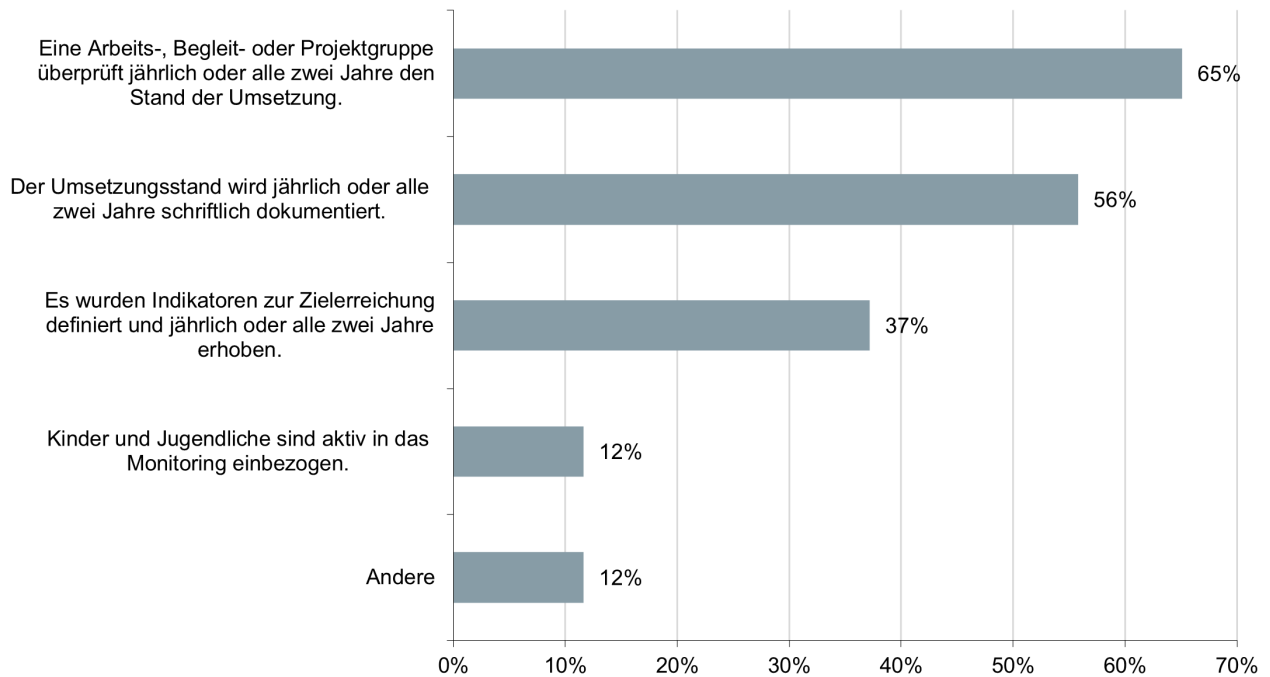
Am häufigsten vertreten sind Fachpersonen aus der Schule (86%), der Verwaltung (83%) und der Politik (71%). Auch Fachpersonen aus der offenen oder ausserschulischen Kinder- und Jugendarbeit (69%) sind in vielen Gruppen eingebunden. Etwas seltener vertreten sind die Bereiche Frühe Kindheit (54%), Raumplanung/Baudepartement (49%), Eltern (37%) sowie Kinder und Jugendliche selbst (26%). Nur vereinzelt sind Personen aus den Bereichen Finanzen (14%) und Kinderschutz (9%) in den Arbeits-, Begleit- oder Projektgruppen eingebunden. In der Kategorie «Andere» (20%) wurden unter anderem Fachpersonen aus den Bereichen Mobilität, Gesundheitsprävention (Gesundheitsdepartement), Jugend- und Präventionspolizei (Kantonspolizei), Gemeindepolizei, Umwelt, Kommunikation, Sport und Kultur genannt. Zur Grösse der Arbeitsgruppen wurden keine Angaben gemacht.

| Monitoring und Evaluation der Umsetzung

In der Online-Befragung wurde die Frage gestellt, wie die Gemeinden die Umsetzung von Massnahmen für Kinder und Jugendliche überprüfen und bewerten. 10 Prozent der befragten Gemeindevertretungen führen kein systematisches Monitoring oder keine Evaluation durch. Die übrigen 90 Prozent der Gemeindevertretungen gaben an, wie das Monitoring konkret umgesetzt wird (vgl. Darstellung D 2.5).

Die häufigste Praxis besteht darin, dass eine Arbeits-, Begleit- oder Projektgruppe jährlich oder alle zwei Jahre den Stand der Umsetzung überprüft (65%). Zudem dokumentieren 56 Prozent der Gemeinden den Umsetzungsstand regelmässig schriftlich. 37 Prozent der Gemeinden definieren Indikatoren zur Zielerreichung und erheben sie jährlich oder alle zwei Jahre. Jedoch beziehen nur 12 Prozent der Gemeinden Kinder und Jugendliche aktiv in das Monitoring ein.

D 2.5: Monitoring und Evaluation



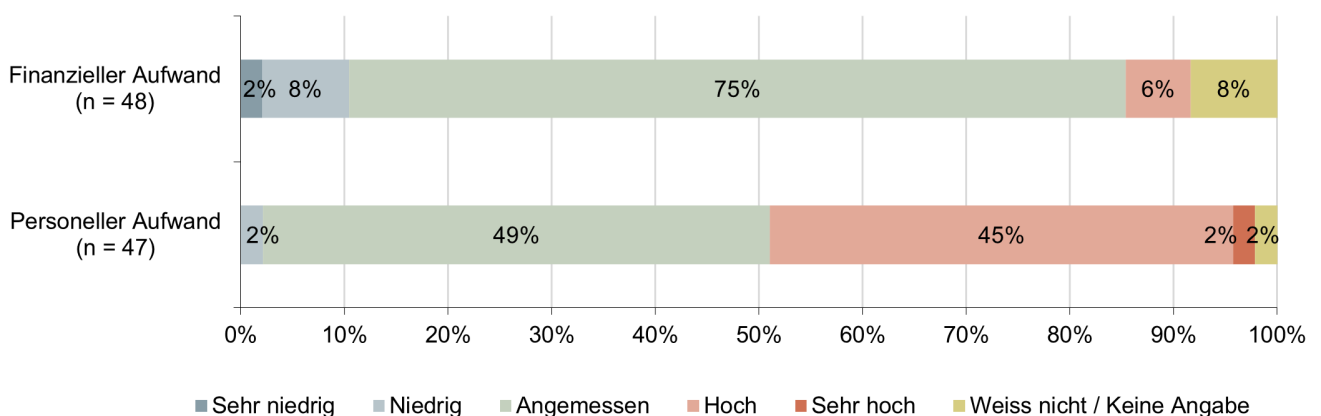
Quelle: Darstellung Interface, basierend auf der Online-Befragung; n = 43; Mehrfachantworten möglich.

2.5 Aufwand im Zusammenhang mit der KFG-Initiative

Der mit der KFG-Initiative verbundene Aufwand lässt sich in den direkten finanziellen und den personellen Aufwand unterteilen. Die Darstellung D 2.6 zeigt, wie die Gemeindevertretungen den finanziellen und personellen Aufwand in der Online-Befragung beurteilten.

Den direkten finanziellen Aufwand, der für die Gemeinden mit dem Label verbunden ist (insb. Label-Kosten), nimmt die grosse Mehrheit (75%) der befragten Gemeindevertretungen als angemessen wahr (vgl. Darstellung D 2.6). 6 Prozent der Befragten schätzen den Aufwand als hoch ein, 10 Prozent als (sehr) niedrig.

D 2.6: Beurteilung des finanziellen und personellen Aufwands



Quelle: Darstellung Interface, basierend auf der Online-Befragung.



© UNICEF / Chris Reist

Die Gemeindegrösse und die Anzahl durchlaufener Zertifizierungszyklen scheinen kaum einen Einfluss auf die Einschätzung der Angemessenheit des finanziellen Aufwands zu haben. In Bezug auf die Gemeindegrösse könnte dies bedeuten, dass die Abstufung der Label-Kosten nach Gemeindegrösse grundsätzlich zweckmässig ist. Auch die Fokusgruppenteilnehmenden sind der Ansicht, dass sich der finanzielle Aufwand für das KFG-Label in Grenzen hält – gerade auch im Vergleich mit anderen Labels (z.B. Energiestadt).

Im Unterschied zur Beurteilung des finanziellen Aufwands zeigt sich beim personellen Aufwand ein kritischeres Bild (vgl. Darstellung D 2.6). Zwar beurteilte rund die Hälfte der Befragten (49%) den personellen Aufwand als angemessen, jedoch stuft ein nahezu ebenso grosser Anteil (47%) diesen Aufwand als (sehr) hoch ein. Unterschiede zwischen Gemeinden mit einer unterschiedlichen Anzahl durchlaufener Zertifizierungszyklen lassen sich hierbei nicht feststellen. Bei der Einschätzung des personellen Aufwands scheint jedoch die Gemeindegrösse – im Gegensatz zur Einschätzung des finanziellen Aufwands – eine Rolle zu spielen: Während 69 Prozent der Vertretungen grosser Gemeinden (ab 20'000 Einwohner/-innen) den personellen Aufwand als angemessen einschätzen, sind es bei den mittelgrossen (5'000–19'999 Einwohner/-innen) und kleinen Gemeinden (bis 5'000 Einwohner/-innen) lediglich 45 Prozent. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass der personelle Aufwand im Zusammenhang mit dem Label für alle Gemeinden ungefähr gleich hoch ist, aber bei kleineren Verwaltungen, die weniger Personal haben, mehr ins Gewicht fällt. Auch in den Fokusgruppen wurde der personelle

Aufwand als beachtlich eingestuft. Es sei daher wichtig, dass UNICEF zu Beginn des Prozesses darauf aufmerksam mache.

In der Online-Befragung wurde zudem gefragt, wie viele Stellenprozent die Gemeinden durchschnittlich für den Label-Prozess (Projektleitung) aufwenden. Die Ergebnisse zeigen, dass sich dieser Einsatz bei den meisten Gemeinden im niedrigen bis moderaten Bereich bewegt: Der grösste Anteil (29%) der Befragten gab an, 6 bis 10 Stellenprozent aufzuwenden, 27 Prozent der Befragten wenden 11 bis 15 Stellenprozent auf, 20 Prozent 1 bis 5 Stellenprozent und 18 Prozent der Befragten gaben an, 16 bis 20 Prozent einzusetzen. Nur wenige Gemeinden wenden mehr Stellenprozent auf: 4 Prozent der Gemeinden setzen 21 bis 30 Prozent und weitere 2 Prozent 31 bis 40 Prozent ein. Keine der befragten Gemeinden wendet mehr als 40 Stellenprozent für den Label-Prozess auf. Im Zusammenhang mit den personellen Ressourcen wurde in den Fokusgruppen mehrfach betont, dass es eine zentrale Gelingensbedingung sei, dass für die Umsetzung der KFG-Initiative einer (oder mehreren) Person(en) genügend Stellenprozent zur Verfügung gestellt werden.

2.6 Zusammenarbeit mit und Unterstützung durch UNICEF

In diesem Abschnitt finden sich die Ergebnisse zur Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden mit dem KFG-Label beziehungsweise auf dem Weg zum KFG-Label und UNICEF. Der Fokus liegt dabei einerseits auf der Unterstützung und den Begleitangeboten von UNICEF, andererseits bei den verschiedenen Austauschgefässen, die UNICEF den Gemeinden zur Verfügung stellt.

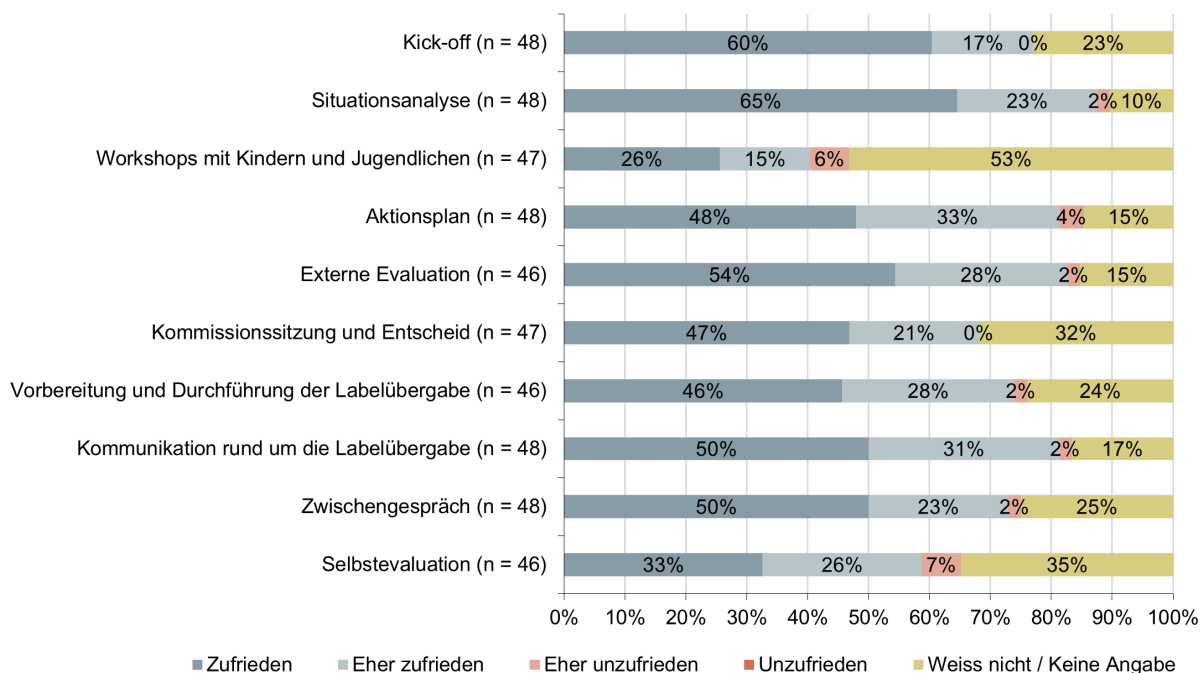
Unterstützung und Begleitangebote

Die Teilnehmenden der Fokusgruppen äusserten eine grosse Zufriedenheit mit der Unterstützung von UNICEF im Zertifizierungsprozess. Sie empfinden die Zusammenarbeit insgesamt als sehr wertvoll, zielführend und konstruktiv. Die konstante enge persönliche Begleitung und die klare Ansprechperson von Seiten UNICEF wurden besonders positiv herausgestrichen. Besonders geschätzt wird die fixe Ansprechperson, die den Prozess kennt und die Verantwortlichen der Gemeinde persönlich benennen kann. Auch die Bereitschaft der zuständigen Personen von UNICEF, sich auf Ideen und Vorschläge von Gemeinden zur Gestaltung des Prozesses einzulassen und sich dem Tempo einer jeden Gemeinden anzupassen, lobten die Gemeindevertretungen.

Die Teilnehmenden der Fokusgruppen schätzen die zur Verfügung gestellten Vorlagen und Hilfsmittel und bezeichneten sie als nützlich. Wie bereits erwähnt, sind gewisse Vorlagen gemäss Teilnehmenden der Liechtensteiner Fokusgruppe noch zu wenig auf den dortigen Kontext angepasst.

Die Ergebnisse der Online-Befragung bestätigen die grundsätzlich hohe Zufriedenheit der Befragten mit der persönlichen Begleitung durch UNICEF und den verschiedenen Begleitangeboten (vgl. Darstellung D 2.7). Unterschiede in der Beurteilung von Gemeinden unterschiedlicher Grösse oder Anzahl Zertifizierungen lassen sich nicht feststellen. Besonders zufrieden sind die Befragten mit der Situationsanalyse (65%), dem Kick-off (60%) und der externen Evaluation (54%, vgl. auch Abschnitt zur externen Evaluation). Auffällig ist der hohe Anteil an «Weiss nicht / Keine Angabe»-Antworten bei einzelnen Begleitangeboten. Dies könnte darauf hindeuten, dass einzelne Gemeinden einige Angebote zu wenig gut verstehen, kennen oder noch nicht in Anspruch genommen haben (z.B. Gemeinden, die sich am Anfang des Prozesses befinden).

D 2.7: Zufriedenheit mit Begleitangeboten von UNICEF



Quelle: Darstellung Interface, basierend auf der Online-Befragung.

| Webinare und Runde Tische

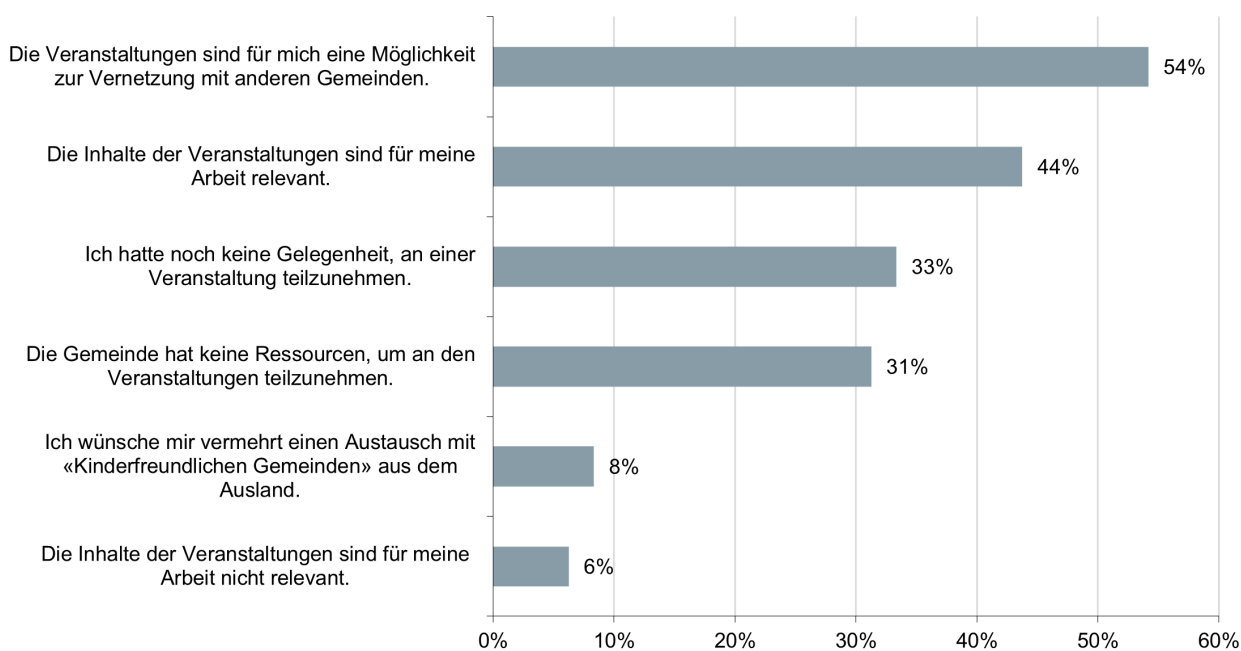
Die Teilnehmenden der Fokusgruppen beurteilten auch die regionalen Runden Tische. Die Gemeindevertretungen zeigten sich grundsätzlich zufrieden mit dem Angebot und schätzen die Vernetzungsmöglichkeit in der Region. Die thematischen Inputs zu konkreten Themen und Herausforderungen, die Gemeinden beschäftigen, seien wertvoll und nützlich. Manche Gemeindevertretungen haben aufgrund von knappen Ressourcen noch nie an einem Vernetzungstreffen teilgenommen, andere wissen nicht, ob sie zur Zielgruppe der Runden Tische gehören.

Auch in der Online-Befragung gaben die Gemeindevertretungen ihre Einschätzungen zu den von UNICEF organisierten Veranstaltungen im Rahmen des KFG-Prozesses (Webinare, Runde Tische) ab (vgl. Darstellung D 2.8). Am häufigsten wurde dabei genannt, dass die Veranstaltungen eine Möglich-

keit zur Vernetzung mit anderen Gemeinden seien (54%). Für 44 Prozent der Gemeindevertretungen sind die Inhalte relevant für ihre Arbeit. Gleichzeitig zeigt sich, dass ein Teil der Gemeindevertretungen noch nicht an einer Veranstaltung teilnehmen konnte (33%) oder nicht über die nötigen Ressourcen für eine Teilnahme verfügt (31%). Der Wunsch nach mehr Austausch mit «Kinderfreundlichen Gemeinden» aus dem Ausland wurde vereinzelt geäußert (8%). Nur 6 Prozent gaben an, dass die Inhalte der Veranstaltungen für ihre Arbeit nicht relevant seien.

Die Teilnehmenden der Fokusgruppen erwähnten weiter, dass es für Gemeinden, die am Anfang des Label-Prozesses stehen, sehr hilfreich sei, wenn UNICEF bei Bedarf den Kontakt zu einer vergleichbar grossen Gemeinde herstellt, die den Prozess bereits durchlaufen hatte. Der daraus entstandene Austausch wurde als bereichernd und inspirierend beschrieben.

D 2.8: Beurteilung der von UNICEF organisierten Veranstaltungen



Quelle: Darstellung Interface, basierend auf der Online-Befragung; n = 48; Mehrfachantworten möglich.

| Bedarf nach weiteren Unterstützungsangeboten

In der Online-Befragung wurde die Frage gestellt, ob andere oder weiterführende Unterstützung durch UNICEF im Rahmen des KFG-Prozesses gewünscht wird. Zum einen wurden die bestehenden Angebote positiv beurteilt – sie sollen beibehalten werden. Besonders hervorgehoben wurden dabei die kompetente und konstruktive Unterstützung durch UNICEF während des gesamten Prozesses, die frühzeitige Kommunikation des nächsten Projektschrittes, der gut strukturierte Zertifizierungsprozess, die Reflexionsgespräche, die von

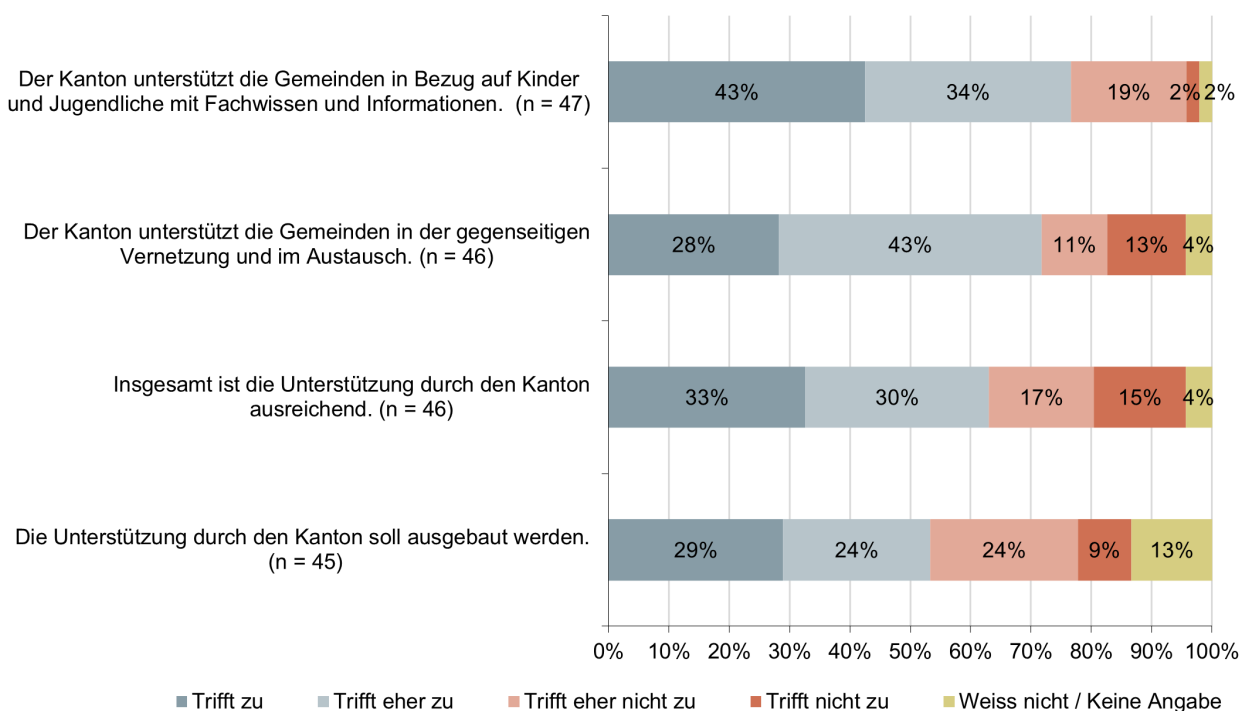
UNICEF zur Verfügung gestellten Hilfsmittel sowie die Möglichkeit, an Runden Tischen und Fortbildungen teilzunehmen. Die meisten Teilnehmenden der Fokusgruppen sind ebenfalls zufrieden mit den bestehenden Austauschformaten. Insbesondere die Vernetzung mit Gemeinden in der Region erachten die Fokusgruppenteilnehmenden als wertvoll.

Der Wunsch nach einer Anpassung der Austauschformate wurde dennoch mehrfach geäußert – etwa digitale Fachveranstaltungen und digitale Runde Tische. Gemäss den Fokus-

gruppenteilnehmenden könnten solche Formate Ressourcen schonen und die Beteiligung erleichtern, da weite Anfahrtswege die Teilnahme an den Veranstaltungen erschweren können. Eine grössere urbane Gemeinde aus der Westschweiz wünscht sich einen Austausch nicht nur mit den (deutlich kleineren) Gemeinden in ihrer Region, sondern auch mit Gemeinden ähnlicher Grösse aus der Deutschschweiz. Dies, weil die Herausforderungen und Voraussetzungen im Zusammenhang mit der KFG-Initiative in grösseren Städten andere seien als in kleineren Gemeinden mit weniger komplexen Verwaltungsstrukturen.

Darüber hinaus besteht Bedarf an konkreten Materialien und Hilfsmitteln, etwa an einem regelmässig erscheinenden Newsletter mit Good-Practice-Beispielen, Praxisbeispielen zur Partizipation in Gemeinden oder Anregungen für Massnahmen.

D 2.9: Zusammenarbeit mit dem Kanton



Quelle: Darstellung Interface, basierend auf der Online-Befragung.

2.7 Zusammenarbeit mit dem Kanton

Die Zusammenarbeit der Gemeinden mit dem Kanton in Bezug auf Partizipation von Kindern und Jugendlichen wurde überwiegend positiv eingeschätzt, wie der Darstellung D 2.9 zu entnehmen ist.

Insbesondere in Bezug auf die fachliche Unterstützung wurde die Zusammenarbeit mit dem Kanton positiv bewertet: Rund drei Viertel der befragten Gemeindevertretungen (77%) stimmten der Aussage (eher) zu, dass der Kanton die Gemeinden mit Fachwissen und Informationen unterstützt. Auch bei der gegenseitigen Vernetzung und beim Austausch fühlt sich ein Grossteil der Befragten (71%) (eher) unterstützt. Etwas zurückhaltender fällt die Einschätzung zur generellen Unterstützung durch den Kanton aus: Rund zwei Drittel der Befragten (63%) empfinden diese als (eher) ausreichend, während 32 Prozent der

Aussage (eher) nicht zustimmten. Mehr als die Hälfte der Befragten (53%) ist zudem der Meinung, dass die Unterstützung durch den Kanton ausgebaut werden soll. Auf die offene Frage, mit welchen konkreten Angeboten der Kanton die Gemeinden künftig vermehrt unterstützen soll, nannten die Gemeindevertretungen verschiedene Anliegen und Wünsche:

- Fachliche Unterstützung und Beratung, beispielsweise Anlaufstelle für Fragen rund um die Kinder- und Jugendförderung
- Begleitung kommunaler Beteiligungsprozesse, zum Beispiel fachliche und methodische Unterstützung bei Kinderkonferenzen, Jugendräten, partizipativen Planungsprozessen
- Bessere strukturelle Verankerung der Kinder- und Jugendpolitik im Kanton
- Gesetzliche Verankerung der Kinder- und Jugendförderung

- Entwicklung und regelmässige Aktualisierung der kantonalen Kinder- und Jugendstrategie; Einführung von verbindlichen Qualitätsstandards für Kinder- und Jugendarbeit
- Sammlung erfolgreicher Beispiele aus den Gemeinden als Inspirationsquelle, beispielsweise Good-Practice-Datenbank
- Regelmässige Durchführung von Erhebungen, beispielsweise Jugendbefragungen, Angebotsmonitoring
- Bereitstellung von Unterlagen und Hilfsmitteln, beispielsweise praxisnahe Leitfäden, Checklisten, Vorlagen, Good Practices, Konzepte, Empfehlungen
- Finanzielle Unterstützung, zum Beispiel für Partizipationsprojekte, innovative Ansätze; interkommunale Zusammenarbeit, beispielsweise regionale Netzwerke; strukturelle Jugendarbeit, beispielsweise Mitfinanzierung von Infrastruktur, Personal oder Fachberatung, insbesondere in kleineren Gemeinden
- Vernetzungs- und Austauschformate, zum Beispiel Runder Tisch, fachliche Tagungen, Netzwerktreffen
- Weiterbildungsangebote für Fachpersonen im Vorschulbereich

2.8 Wirkungen der KFG-Initiative bei den Gemeinden

In den Fokusgruppen wurde deutlich, dass die KFG-Initiative in allen Gemeinden positive und wirksame Spuren hinterlassen hat – auch in denjenigen, die den Zertifizierungsprozess nicht vollständig durchlaufen und das Label (noch) nicht erhalten haben. Die Wirkungen lassen sich in folgenden Punkten zusammenfassen:

| Sensibilisierung auf Ebene Politik und Verwaltung

Die meisten Gemeindevertretungen berichteten davon, dass eine Sensibilisierung in Politik und Verwaltung stattgefunden habe. So setzten sich Ämter in ihrer Tätigkeit verstärkt mit der Perspektive von Kindern und Jugendlichen auseinander und führten einen Dialog über die Ämter hinweg zu diesem Thema. In vielen Ämtern habe somit ein Umdenken stattgefunden. Bei Entscheiden und Projekten würden sie sich jeweils fragen, inwiefern Kinder und Jugendliche betroffen seien und wie die Sichtweise dieser Zielgruppen am besten eingeholt werden könnte. Auch würden die verschiedenen Ämter vermehrt und aktiv auf die Stellen innerhalb der Verwaltung zugehen, die sich um Kinder- und Jugendfragen kümmern.

| Institutionelle Verankerung der Projektleitung KFG-Initiative
Mindestens eine Gemeinde hat für die Umsetzung der KFG-Initiative die entsprechenden Aufgaben in einem Stellenprofil verankert und dafür gezielt Stellenprozente definiert und finanziert. Diese institutionelle Verankerung der KFG-Initiative führt auf kommunaler Ebene dazu, dass die Aufgabe kontinuierlich und nachhaltig verfolgt werden kann.

| Legitimierung für Massnahmen im Kinder- und Jugendbereich

Gemäss den Erkenntnissen aus den Fokusgruppen hat die KFG-Initiative in vielen Gemeinden dazu geführt, Kinder- und Jugendthemen mehr Legitimität und Gewicht zu verleihen. Gerade in Budgetdiskussionen verleihe das KFG-Label den Kinder- und Jugendanliegen mehr Schlagkraft. Mit dem KFG-Label konnten viele Gemeinde auch mehr Kohärenz in ihre Kinder- und Jugendpolitik bringen und Synergien zwischen den Verwaltungseinheiten nutzen. Auch erzeugt die auf vier Jahre beschränkte Laufzeit des Labels einen gewissen Druck, Massnahmen auch wirklich anzugehen und umzusetzen. Einzelne Gemeinden nutzen das Label auch aktiv in ihrer Kommunikation gegen aussen, um für ihren Standort zu werben.

| Sensibilisierung der Bevölkerung

In den Fokusgruppen wurde verschiedentlich erwähnt, dass das Verständnis für Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Bevölkerung gestiegen sei und dass die Partizipationsmöglichkeiten auch vermehrt bekannt seien und entsprechend wahrgenommen würden. So berichteten einige Vertretungen kleinerer Gemeinden davon, dass sich Kinder und Jugendliche vermehrt beim zuständigen Amt beziehungsweise dem/der Amtsvorsteher/-in melden und ihre Wünsche und Anliegen anbringen würden. Durch das Label würden aber auch die Erwartungen der Bevölkerung an die Gemeinde im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik höher. Dies sei nicht grundsätzlich negativ, halte dieser Anspruch der Bevölkerung doch die Gemeinden dazu an, ihren Versprechungen gerecht zu werden. Mitunter passiere es aber dann und wann, dass Personen mit Kritik an die Gemeinde gelangen und das Argument «Ihr seid doch eine Kinderfreundliche Gemeinde» ins Feld führen.

| Weitere Wirkungen

In den Fokusgruppen zeigte sich, dass sogar diejenigen Gemeinden, die frühzeitig aus dem Prozess ausstiegen, von der KFG-Initiative profitieren konnten: Die durchgeführte Situationsanalyse half den Gemeinden, eine Bestandesaufnahme zu machen, was in puncto Kinder- und Jugendfreundlichkeit bereits implementiert wird und wo noch Aufholbedarf besteht. Auf dieser Basis sind auch in den Gemeinden ohne Label Aktionspläne für eine kinderfreundlichere Gemeinde entstanden. Die KFG-Initiative hat somit nicht nur in den zertifizierten Gemeinden, sondern auch darüber hinaus positive Veränderungen angestossen und dazu beigetragen, dass Kinder- und Jugendthemen nachhaltig in der Verwaltung und der Politik verankert werden.

3. Fazit und Empfehlungen

3.1 Fazit

Die Evaluation setzte sich mit der Frage auseinander, wie die Gemeinden den Zertifizierungsprozess, den damit verbundenen Aufwand sowie die Begleitung durch UNICEF Schweiz und Liechtenstein wahrnehmen und welche Wirkungen die KFG-Initiative in den teilnehmenden Gemeinden entfaltet. Im Folgenden sind die wichtigsten Erkenntnisse der Evaluation zusammengefasst.

| Grosse Zufriedenheit der Gemeinden mit dem Zertifizierungsprozess

Der Zertifizierungsprozess der KFG-Initiative wird überwiegend positiv bewertet. Die befragten Gemeindevertretungen empfinden die verschiedenen Schritte als wertvoll und hilfreich, auch wenn sie den Aufwand, vor allem in personeller Hinsicht, als hoch einschätzen. Besonders geschätzt im Prozess wird die flexible und bedürfnisorientierte Unterstützung von UNICEF (vgl. folgender Abschnitt). Die Prozessschritte sind weitgehend klar, und die Befragten können den Ablauf gut nachvollziehen. Es gibt jedoch einige Hinweise darauf, dass die Dokumente und Hilfsmittel für Liechtenstein und für kleinere Gemeinden nicht optimal auf den lokalen Kontext passen. Zudem äusserten einige Gemeindevertretungen den Wunsch nach einer besseren Vorbereitung auf die Arbeit in den verschiedenen Prozessschritten, insbesondere vor dem Kick-off.

| Wertvolle und zielführende Unterstützung durch UNICEF

Die Befragten nehmen die Unterstützung durch UNICEF insgesamt sehr positiv wahr. Besonders die enge persönliche Begleitung und die Bereitstellung der unterschiedlichen Hilfsmittel für den Zertifizierungsprozess wurden positiv hervorgehoben. Viele Gemeindevertretungen lobten die Flexibilität und das Entgegenkommen von UNICEF, sowohl in der Anpassung der Unterstützung an die jeweiligen Bedürfnisse der Gemeinden als auch im Umgang mit dem individuellen Tempo der beteiligten Gemeinden. Das Vorhandensein einer fixen Ansprechperson in der Organisation wird sehr geschätzt. Auch die verschiedenen Austauschformate, beispielsweise die regionalen Runden Tische, erachten die Befragten als nützlich, wenngleich einige aufgrund knapper Ressourcen oder grosser geografischer Entfernung (bisher) nicht daran teilnehmen konnten. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Unterstützung von UNICEF ein wichtiger Schlüsselfaktor für die positive Wahrnehmung und erfolgreiche Umsetzung der KFG-Initiative ist.

| Vielfältige Wirkungen der KFG-Initiative und des KFG-Labels

Die KFG-Initiative hat in vielen Gemeinden nachhaltige Veränderungen und positive Wirkungen erzeugt, sogar in denen, die den Zertifizierungsprozess nicht vollständig abgeschlossen haben. So hat die KFG-Initiative zu einer erhöhten Sensibilisierung auf politischer und administrativer Ebene für die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen geführt. Auch arbeiten Verwaltungseinheiten dank der KFG-Initiative vermehrt zusammen und Synergien zwischen verschiedenen Bereichen, die Kinder und Jugendliche betreffen, werden genutzt. Das KFG-Label hat den Anliegen der Kinder- und Jugendpolitik zusätzliches Gewicht verschafft – gerade auch in Budgetdiskussionen.

Zudem ist das öffentliche Bewusstsein und die Akzeptanz für Partizipation von Kindern und Jugendlichen gestiegen, und in einigen Gemeinden haben die Massnahmen dazu beigetragen, dass Partizipationsformen für Kinder und Jugendliche besser bekannt und häufiger genutzt werden. Das Label hat aber auch zu einer verstärkten Erwartungshaltung seitens der Bevölkerung gegenüber der Gemeinde geführt, was Chance und Herausforderung zugleich ist.

Die Evaluationsergebnisse zeigen, dass die KFG-Initiative effektiv zu einer Erhöhung der Kinder- und Jugendfreundlichkeit in der Politik, der Verwaltung und im Gemeindeleben beitragen kann und damit einen klaren Mehrwert schafft. Dass die Initiative dies schafft, auch in Anbetracht der Heterogenität der Gemeindeflandschaft der Schweiz (ländlich/urban, gross/klein, sprachlich/kulturell vielfältig), ist an sich ein Achtungserfolg.

3.2 Empfehlungen

Im Folgenden formuliert das Evaluationsteam eine Handvoll Empfehlungen zuhanden von UNICEF, wie die KFG-Initiative weiterentwickelt werden könnte.

Empfehlung 1: KFG-Initiative weiterführen

Die Evaluationsergebnisse zeigen deutlich, dass die KFG-Initiative von den teilnehmenden Gemeindevertretungen geschätzt wird und einen klaren Mehrwert in den Gemeinden (Sensibilisierung/Kulturwandel; Legitimität/Stärkung von Kinder- und Jugendanliegen) entfaltet. Eine Stärke der Initiative ist dabei, dass sie auf den Kontext einer jeden Gemeinde angepasst werden kann und so zu realistischen Aktionsplänen führt.

Wir empfehlen UNICEF, die KFG-Initiative weiterzuführen.

Empfehlung 2: Rezertifizierung «light» oder Nachfolge-Label prüfen

Die Evaluationsergebnisse zeigen, dass bei Gemeinden, die schon mehrere Zertifizierungen durchlaufen haben, eine Art «Sättigungseffekt» auftreten kann und der Aufwand für eine weitere Rezertifizierung für die Gemeinde nicht mehr in einem nützlichen Verhältnis zum Ertrag steht. Gleichzeitig zeigen die Evaluationsergebnisse auch, dass zertifizierte Gemeinden nicht zu unterschätzende Multiplikatoren für die KFG-Initiative sind.

Wir empfehlen UNICEF daher zu prüfen, inwiefern die Rezertifizierung für Gemeinden – zum Beispiel ab der dritten Rezertifizierung – entschlackt werden und/oder ob ein Nachfolge-Label eingeführt werden kann. Diese Massnahmen könnten für diejenigen Gemeinden, die aus dem Label aussteigen wollen, einen Anreiz bieten, dabei zu bleiben.

Empfehlung 3: Situationsanalysen ohne Label-Erhalt unterstützen

Es gibt Gemeinden, die aus unterschiedlichen Gründen bisher noch kein Label angestrebt haben. Die Erkenntnisse der Fokusgruppen legen jedoch nahe, dass es durchaus Gemeinden gibt, die zwar nicht den ganzen Zertifizierungsprozess durchlaufen, aber einer Situationsanalyse – erster Prozessschritt – nicht abgeneigt sind und entsprechend dann auch Massnahmen umsetzen.

Wir empfehlen UNICEF, hier zuerst zu prüfen, wie viele Gemeinden innerhalb eines Kantons an einer Situationsanalyse – unabhängig vom Label-Erwerb – interessiert wären und ob die Situationsanalyse bei diesem Kreis von Gemeinden initiiert werden kann, beispielsweise in Zusammenarbeit mit dem betreffenden Kanton.

Empfehlung 4: Anpassungen an Liechtensteiner Kontext vornehmen

Die Evaluationsergebnisse zeigen, dass die Motivation der Liechtensteiner Gemeinden, sich an der KFG-Initiative zu beteiligen, sehr hoch ist und bereits sechs der elf Gemeinden eine Zertifizierung erhalten beziehungsweise anstreben. Gleichzeitig wird deutlich, dass sich die Dokumente und Hilfsmittel von UNICEF, die primär auf die Schweiz ausgerichtet sind, nicht ohne Weiteres auf den Liechtensteiner Kontext übertragen lassen.

Wir empfehlen UNICEF, mit den Verantwortlichen von bereits zertifizierten Gemeinden Kontakt aufzunehmen und deren konkrete Rückmeldung in puncto Passung auf den Liechtensteiner Kontext zu den einzelnen Dokumenten und Hilfsmitteln (Situationsanalyse, externe Evaluation) einzuholen. So können die Dokumente und Hilfsmittel einfach und ohne grossen Zusatzaufwand angepasst werden.

Empfehlung 5: Runde Tische und Vernetzungstreffen optimieren

In den Fokusgruppen zeigte sich, dass die Runden Tische und Vernetzungstreffen grundsätzlich geschätzt werden und einen Mehrwert bieten, aus Ressourcengründen aber nicht von allen Gemeindevertretungen besucht werden können. In der Online-Befragung wurde daher auch die Frage aufgeworfen, ob solche Treffen nicht (auch) online stattfinden können. Weiter scheinen den Gemeinden die Ziele und die Teilnahmebedingungen für einen Runden Tisch nicht immer klar zu sein.

Wir empfehlen UNICEF zu prüfen, ob die Angebote beispielsweise alternierend online und vor Ort durchgeführt werden können. Gegebenenfalls wäre in dieser Thematik auch eine Zusammenarbeit mit den Kantonen denkbar. Zudem empfehlen wir, bei der Einladung zu den Runden Tischen künftig klar zu vermerken, wer die Zielgruppe ist, und die Gemeinden zu ermuntern, die Einladung an infrage kommende Personen weiterzuleiten.



Anhang

A 1 Erhebungen

DA 1: Zusammensetzung der Fokusgruppen

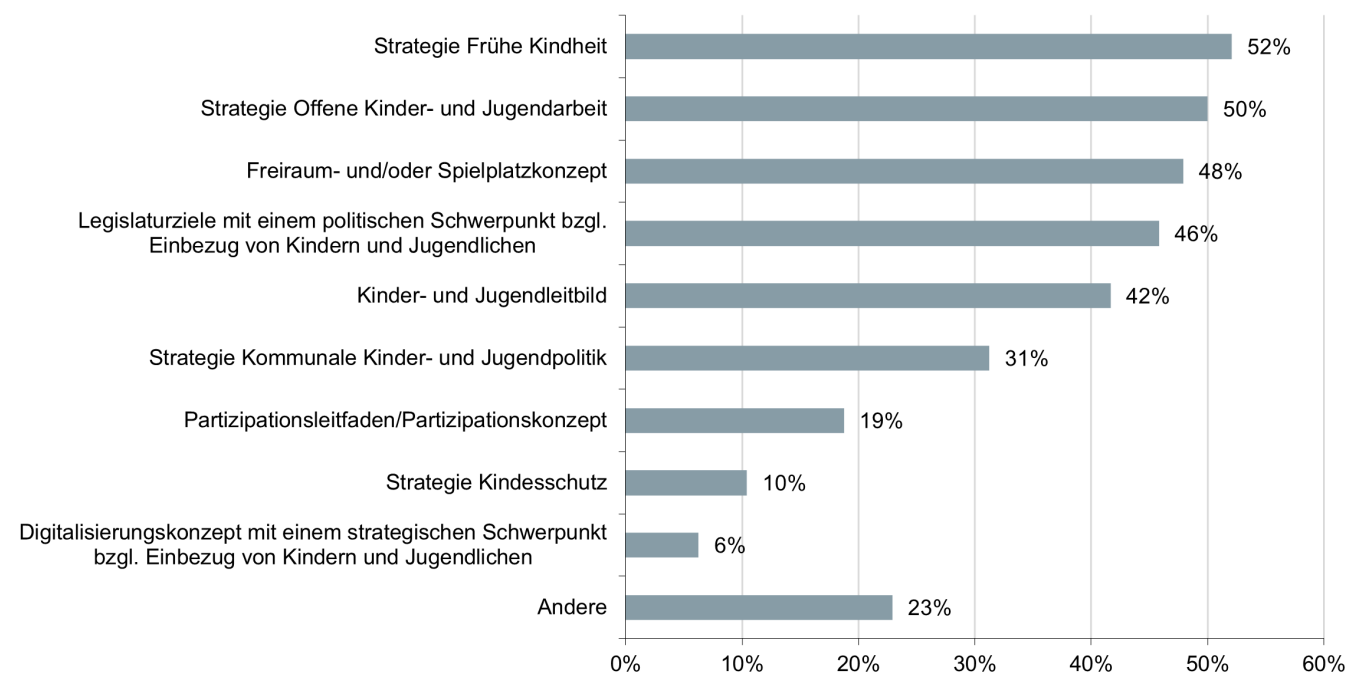
Nr.	Stand Zertifizierung	Sprachregion	Anzahl Gemeinden pro Gespräch
1	Zertifizierte Gemeinden	Deutschschweiz	4
2	Zertifizierte Gemeinden	Westschweiz	3
3	Zertifizierte Gemeinden	Tessin	2
4	Zertifizierte Gemeinden	Liechtenstein	4
5	Gemeinden im Zertifizierungsprozess	Deutschschweiz	2
6	Gemeinden, die den Zertifizierungsprozess nicht abgeschlossen haben oder aus- gestiegen sind.	Deutschschweiz	3

Quelle: Erhebung Interface.

A 2 Ergebnisse Online-Befragung

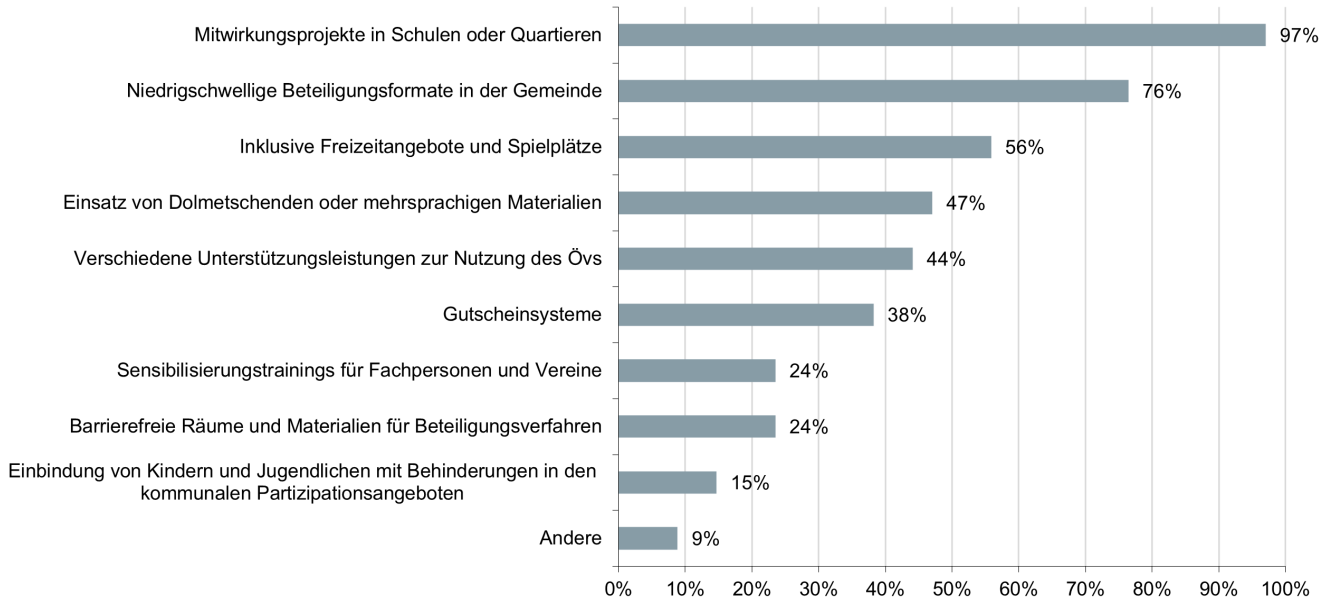
Im Folgenden sind Darstellungen aufgeführt, die im Bericht nicht abgebildet sind.

DA 2: Verankerung der Kinder- und Jugendpolitik



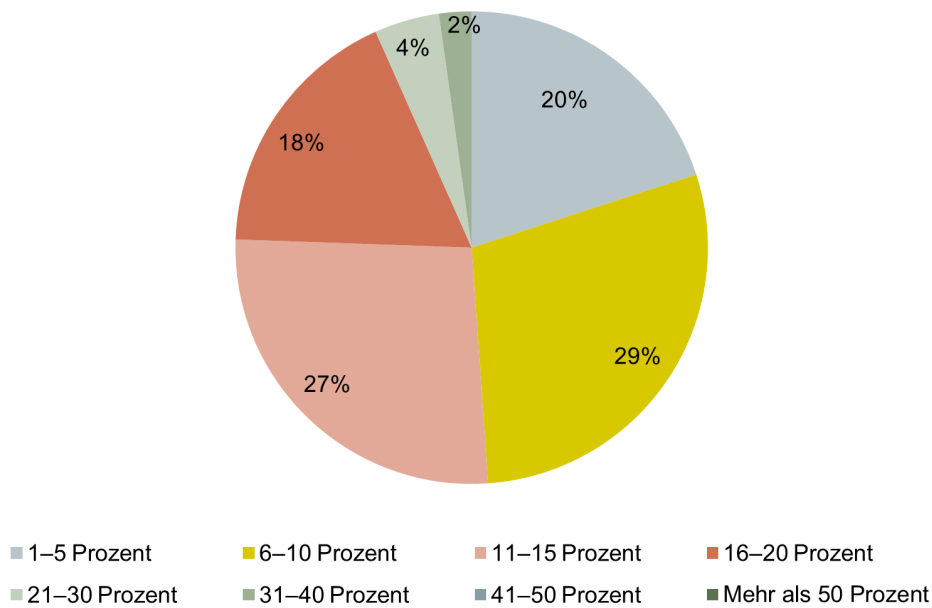
Quelle: Darstellung Interface, basierend auf der Online-Befragung; n = 48; Mehrfachantworten möglich.

DA 3: Alters- und bedürfnisgerechte Partizipation von Kindern und Jugendlichen



Quelle: Darstellung Interface, basierend auf der Online-Befragung; n = 34; Mehrfachantworten möglich.

DA 4: Anzahl Stellenprozente für die KFG-Initiative



Quelle: Darstellung Interface, basierend auf der Online-Befragung.

Legende: Die Frage lautete: Wie viele Stellenprozente wendet Ihre Gemeinde durchschnittlich in Zusammenhang mit dem Label-Prozess auf (Projektleitung)? (Antworten: 45 / fehlende: 3).



| Auftraggeberin

UNICEF Schweiz und Liechtenstein

| Autorinnen und Autoren

Dr. Karin Büchel (Projektleitung)

Deborah Fritzsche (Projektmitarbeit)

Adea Barileva (Projektmitarbeit)

Clément Bourdin (Projektmitarbeit)

Kristin Thorshaug (Qualitätssicherung)

| Fotos

UNICEF / Chris Reist

| Projektlaufzeit

März bis November 2025

I N T E R F A C E

| Kontaktadresse

Interface Politikstudien Forschung Beratung AG

Seidenhofstrasse 12

CH-6003 Luzern

Tel. +41 (0)41 226 04 26

www.interface-pol.ch

| Luzern, November 2025

